

Stenographisches Protokoll

über die

16. Sitzung des dritten steiermärkischen Landtages

am 22. April 1864.

Inhalt.

Urlaubs-Bewilligung.

Petition.

Begründung und Ablehnung des Antrages Hermans, betreffend die Pflege der slovenischen Sprache in Schule und Amt.

Berichte des Petitions-Ausschusses.

Bericht des Landes-Ausschusses über die Petition des Dr. Kompasch.

(1 Beilage: L. T. B. 62.)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender: Landeshauptmann Carl Graf Gleispach.

Schriftführer: Edler v. Fehrer und Ritter v. Martini.

Von Seite der Regierung anwesend: der k. k. Statthalter Graf Strasoldo.

Landeshauptmann: Die vorgeschriebene Anzahl der Herren Abgeordneten ist anwesend; ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und bitte den Herrn Schriftführer das Protokoll zu verlesen. (Schriftführer Ritter v. Martini liest dasselbe.) Wünscht Jemand über das Protokoll das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so ist es genehmigt.

Es wurden heute aufgelegt: Das Protokoll der 14. Sitzung; der stenographische Bericht der 15. Sitzung; der Bericht des Sonder-Ausschusses bezüglich des organischen Statutes für die landschaftliche, technische Hochschule zu Graz; dann ein Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Prüfung der Wahl eines Abgeordneten für die Landgemeinden des Bezirkes Leoben.

Es ist mir von dem Herrn Abg. Sonns eine Zuschrift zugekommen, in welcher er anführt, daß er in Folge ärztlichen Rathes zur Wiederherstellung seiner leidenden Gesundheit einer Erholung in der frischen Landluft bedürfe, und sich zu diesem Ende in seine Heimat begeben wolle; er bittet daher um Ertheilung eines acht-

tägigen Urlaubes. Es wird mehreren Herren bekannt sein, daß Herr Sonns schon neulich unwohl war. Es wird, glaube ich, die Bewilligung dieses Urlaubes keinem Anstande unterliegen. Ich bitte diejenigen Herren, welche für die Ertheilung des achttägigen Urlaubes sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Urlaub ist bewilliget.

Es wurde mir durch den Herrn Abg. Ritter v. Carneri eine Petition der Katharina Millwisch, ständische Hausmeisterswaise, um eine Gnadengabe übergeben; diese Petition wird dem Petitions-Ausschusse zugewiesen werden.

Die Herren Obmänner verschiedener Ausschüsse machen folgende Einladungen zu Ausschuss-Sitzungen: der Obmann des Ausschusses für die Boden-Credit-Anstalt ladet die Herren Mitglieder dieses Ausschusses zu einer Sitzung für morgen 11 Uhr im Locale des Finanz-Ausschusses ein; — der Finanz-Ausschuss wird zu einer Sitzung für heute Abends 6 Uhr eingeladen; Tagesordnung: Präliminare pro 1865; — der Herr Obmann des Ausschusses betreffs die Bezirks-Vertretungen ladet die Herren Mitglieder dieses Ausschusses für heute Nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung ein; — der Ausschuss für die Aequivalente versammelt sich morgen Früh 11 Uhr im Locale neben dem des Finanz-Ausschusses; — morgen Samstag Nachmittag 5 Uhr hält der Ausschuss für den politischen Eheconsens in seinem gewöhnlichen Locale eine Sitzung.

Wir können nunmehr zur Tagesordnung übergehen. Der erste Gegenstand derselben ist die Begründung des Antrages des Herrn Abg. Herman. Derselbe lautet: (liest den unter L. T. B. 62 beiliegenden Antrag Nr. 9). Ich gebe dem Herrn Abg. Herman, mit Rücksicht auf den §. 11 der Geschäftsordnung, das Wort zur Begründung dieses seines Antrages.

Abg. **Herman** (L. B. Pettau): Ich habe über diesen Gegenstand schon im vorigen Jahre eine lange Rede gehalten, und weil ich kein Gehör gefunden, muß ich heuer

wieder kommen. (Rufe: Laut!) Daß ich übrigens die volle Wahrheit und im Sinne des Volkes gesprochen, beweisen die Zustimmungs-Adressen, die mir von Seite der ganzen Nation zugehen, beweist die anerkennende Zustimmung der gesammten slavischen Presse. Meine Herren! Ich glaube, daß ist eine schlagende Thatsache, es ist des Volkes Wille. Ich gehe daher mit um so mehr Beruhigung an die Vertretung dieses Gegenstandes; an eine Vertretung, die mir mein Mandat, meine innere Ueberzeugung und der Standpunct der allgemeinen Menschenrechte, auf die ich mich stelle, zur Pflicht machen.

Es hat zwar der Herr Referent des Landes-Ausschusses aus meiner vorjährigen Rede herausgefunden, daß ich meinen Gegenstand unter deutscher Anschauung vertreten hätte; dem muß ich entschieden widersprechen. Meine Herren! Meine Anschauung war durchaus keine deutsche, aber auch keine slovenische; sie war die der Gerechtigkeit und ich würde mich bedauern, wenn ich mich auf den Standpunct der Exklusivität und der nationalen Eitelkeit stellen und dabei Gefahr laufen würde, wie viele Andere, an der Wahrheit und Gerechtigkeit vorbeizuschießen. Mein Standpunct ist der der reinen Menschlichkeit. Es ist vom Uebel für den Deutschen und für den Slaven, daß die Ersteren über die Zustände der Letzteren nicht unterrichtet sind, und sich auch schwer unterrichten lassen. Es kommt daher, daß wir Deutsche alle möglichen fremden Sprachen lernen, nur nicht die unserer unmittelbaren Nachbarn und Reichsgenossen. (Rufe: Oho!) Die slavischen Zeitungen lesen wir daher nicht und die deutschen Blätter, welche slavische Interessen vertreten, interessieren uns nicht, und die centralistische deutsche Presse thut alles Mögliche, um die öffentliche Meinung irrezuführen. Daher kommt es, daß unter meinen Landsleuten selten eine richtige Anschauung über die slavischen Zustände sich bildet, und das ist insoferne vom Uebel, meine Herren, weil man nur dann gerecht wird, wenn man aufgeklärt ist. (Rufe: Laut!)

Landeshauptmann: Ich werde den Herren Abg. Herman ersuchen, die Tribüne zu besteigen, die Herren verstehen Sie nicht.

Abg. Herman (von der Tribüne): Meine Herren! Es gibt verschiedene Völker; jedes derselben hat seine eigene Sprache, seine eigenthümlichen Fähigkeiten, sein eigenthümliches Naturell. Diese Alle wollte man — so war das System — in Eine Form pressen, Allen dasselbe Kleid anziehen. Dessen wehren sich aber die Völker mit Recht und wollen so bleiben, wie sie Gott erschaffen hat. Dieser Uniformirungssucht waren die Slovenen von jeher besonders ausgesetzt; Schule und Amt waren dazu ausersehen, und während sonst in der ganzen Welt nur Einzelne fremden Sprachen nach Beruf und Neigung sich widmen, muß hier ein ganzes Volk, auch Bauer, Knechtler, Winzer und das ganze weibliche Geschlecht,

fremdes Sprachstudium betreiben; während man sonst in der ganzen Welt mit der fremden Sprache erst dann beginnt, wenn man die Muttersprache gründlich erlernt hat, muß hier schon der ABG-Schütz mit der fremden Sprache beginnen und, da die Umgangssprache auf dem ganzen Lande Jahr aus Jahr ein die slovenische geblieben ist, und das Schulkind demnach keine praktische Uebung in der fremden Sprache hat, kann man begreifen, wie weit selbes es hierin bringt. Meine Herren! Es bringt es gerade so weit, daß es weder deutsch, noch slovenisch, noch sonst etwas ordentlich lernt, daß der Unterricht rein vergebens ist. Daher nenne ich das eine Mißhandlung des Volkes, es heißt das, die Masse des Volkes von der Intelligenz ferne halten.

Aber das genirt gewisse Leute ohne Moral und höh.re Auffassung durchaus nicht. „Deutsche Kultur!“ bekommt man immer zur Antwort, und: „Mit der deutschen Sprache kommt man durch die Welt, und es ist doch gut, wenn ein Volk mehrere Sprachen kennt.“ Gut, meine Herren! Ich habe aber noch bei keinem slovenischen Bauer den Göthe und Schiller, unsere deutschen Philosophen und Sprachforscher, gesehen. (Unruhe.) Die Schätze deutscher Literatur sind und bleiben den Slovenen trotz aller Germanisirung eine Fabel. Wer durch die Welt geht, meine Herren, der möge sich die dazu nöthige Sprache aneignen; aber die ganze Nation geht nicht durch die Welt, und ich frage, warum ein ganzes Volk, das doch immer zu Hause bleibt, eine fremde Sprache lernen muß. Und wenn fremde Sprachen für ein ganzes Volk so leicht zu erlernen und so vortheilhaft ist, so ist es ja billig und gerecht, daß nicht allein der Slave diesen Vortheil genießt, — daß man auch dem deutschen Bauer eine zweite Cultursprache zu lernen gibt.

Meine Herren! Solchen Leuten, die auf solche Weise unsere Interessen, die deutschen Interessen vertreten wollen, dürfen wir nicht dankbar sein; denn sie sind es, welche den deutschen Namen mit der Unterdrückung in Verbindung bringen, selben der Nation lächerlich und die deutsche Kultur verhaßt machen.

So wird es in der Volksschule gehalten. In die Hauptschulen der Städte und in die Mittelschulen hatte die slovenische Sprache als Bauernsprache keinen Zutritt und als Bauernsprache figurirt sie dormalen; denn es spricht sie fast nur der Landmann. Im Amte ist alles deutsch; alle Privat-Urkunden werden nur in deutscher Sprache verfaßt, das slovenisch angebrachte Anliegen wird deutsch niedergeschrieben. Der Geistlichkeit wurde verboten, slovenische Namen mit slovenischer Orthographie zu schreiben.

Meine Herren! Sie sehen, ungeachtet man die Germanisirung durch nahe 100 Jahre getrieben hat, hat sie dennoch nur erst einige Punkte überwunden; das ganze

übrige Land, das ganze übrige Volk mit geringen Ausnahmen ist slovenisch geblieben. Nun sehen Sie aber, meine Herren, Alles ist deutsch, in den Schulen und im Amte, und die Nation slovenisch! Das ist ein unnatürlicher Zustand, ein Zustand wider die Natur, daher unerträglich und verderblich. Eine Nation kann nur durch ihre und mit ihrer Sprache vorwärts kommen und eine fremde Sprache kann ihr diese Dienste nie ersetzen.

Die Slaven fühlen diese Leiden und sie jammerten und jammerten, und wenn sie jammerten, lachte man über sie und über ihre Forderungen; sie erhoben ihre Stimme in der Presse, in Petitionen, in den Landtagen und im Reichsrathe; man blieb taub gegen ihre Bitten und Vorstellungen, und wenn Erleichterungen gewährt wurden, mußte man deren Ausführung zu hintertreiben, und ein Hinterspörtchen daran zu hängen. Allein, meine Herren! je größer die Lieblosigkeit war und ist, desto inniger wurden die Slaven und ihre Begeisterung und ihre Liebe für ihre Sprache und Nation nimmt täglich zu, und die Begeisterung erfaßt Jung und Alt, Hoch und Niedrig, und ist, meine Herren — ich weiß es aus eigener Anschauung — zu einem Strome angewachsen, der jeden Widerstand unter sich begräbt.

Hören Sie denn, was die Slovenen sagen, was sie begehren! Sie sagen:

1. Die Germanisirung hat das Volk nicht gefördert; ein Beweis dessen sei sein zurückgebliebener Zustand, der sich auf andere Weise nicht erklären läßt. Hätte man für sie so viel gethan, als man für andere gethan, hätte man für sie so viel gethan, als man gegen sie gethan, ja hätte man sie nur sich selbst überlassen, sie ständen anders da. Ihr Zustand sei unverschuldet und es sei eine Härte, selben zum Vorwande weiterer Bedrückung zu machen.

2. Sagen sie, die Germanisirung sei der Nation unwürdig; die Nation hat nicht bloß ein physisches Leben, sondern auch ein ehrenhaftes, und die Ehre sei dem Volke wie dem einzelnen Menschen so nothwendig wie das tägliche Brot. Schmähslich aber sei es für eine geistesbegabte Nation, Rechtsprüche in einer fremden, unverständlichen Sprache annehmen zu müssen. Sie sagen

3. die Germanisirung war kein Werk der Nächstenliebe, sie war ein Werk der Selbstsucht, der politischen Combination. Sie ist ein administratives Bequemlichkeitsmittel. Sie sagen, sie hätten nie nach Unterjochung anderer Völker getrachtet und hier könne nur Wohlwollen helfen; ohne Wohlwollen, ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden und mit dem Geschütze der Verhöhnung, der Lieblosigkeit und Verdächtigung erobere man kein einiges starkes Oesterreich, und man dränge sie hinaus.

Meine Herren! sie verlangen die Erfüllung der Petition der 20,000; diese lautet: Man wolle

1. die Einrichtung der Volksschulen auf nationaler Grundlage,

2. wolle man die Parität der deutschen und slovenischen Sprache in der Mittelschule,

3. daß die k. k. Behörden bei den Erledigungen sich der von der freien Wahl der Partei abhängigen Sprache der Eingaben, bei Einvernehmungen und anderen Verfügungen aber sich selbst der Sprache des Betheiligten bedienen.

Meine Herren! diese Forderungen sind gewiß bescheiden und sehr gerecht, und es ist wirklich traurig, daß ein Volk um so etwas bitten muß, und ich denke, meine Herren! namentlich meine Herren Landsleute, Sie brauchen nur aufgeklärt zu werden, um gerecht zu sein.

Landeshauptmann: Es handelt sich nun um die formelle Behandlung dieses Gegenstandes. Der Herr Abgeordnete Herman hat selbst bereits den Antrag gestellt, daß zur Behandlung dieses Gegenstandes ein Ausschuß von fünf Mitgliedern gewählt und mit der Ausführung betraut werde. Eine Unterstützungsfrage des Antrages selbst ist nicht nothwendig, da der Antrag von mehr als 10 Mitgliedern unterzeichnet ist. Wünscht Jemand bezüglich der formellen Behandlung einen anderen Antrag zu stellen, als der Herr Antragsteller gestellt hat?

Abg. Dr. Hermann Mulley (Gilli): In der 26. Sitzung der vorjährigen Session wurde folgender Beschluß gefaßt: „Es werde in Anerkennung der berechtigten Ansprüche der slovenischen Bevölkerung der Steiermark in Betreff der Pflege der Landessprachen in Schule und Amt der Landes-Ausschuß beauftragt, die in dieser Richtung allenfalls zu seiner Kenntniß gelangenden Wünsche und Beschwerden der slovenischen Bevölkerung mit Rücksicht auf die Pflege der Landessprachen in Schule und Amt zu prüfen, die Abhilfe derselben im geeigneten Wege zu veranlassen und im Ergebnissfalle weitere Anträge hierüber dem Landtage vorzulegen.“ Nach diesem Beschlusse erscheint eine neuerliche Zuweisung des vorliegenden Antrages an einen Ausschuß nicht erforderlich, weder an einen Sonder-Ausschuß, weil die Inconvenienz nach sich ziehen würde, daß die Behandlung eines und desselben Gegenstandes gleichzeitig zwei Ausschüssen zugewiesen wäre, noch aber an den Landes-Ausschuß selbst, indem ihm dieser Gegenstand bereits in der vorigen Session zugewiesen worden ist. Auf diesen Stand der Sache erlaube ich mir das hohe Haus aufmerksam zu machen.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand in Betreff der formellen Behandlung zu sprechen?

Abg. Dr. Ritter v. Waser (Pettau): Ich bin mit dem, was der Herr Vorredner gesagt hat, einverstanden; allein ich sehe nicht ein, was nun mit diesem Antrage, wie er von Seite des Herrn Abgeordneten

Herman gestellt worden ist, geschehen solle. Er muß doch eine Erledigung finden, und die naturgemäße Erledigung, anknüpfend an das, was im vorigen Jahre beschloffen worden ist, ist die, daß der Antrag ebenfalls an den Landes-Ausschuß verwiesen, und daß derselbe beauftragt werde, hierüber seinerzeit Bericht zu erstatten. Der Zusammenhang ist nach dem, was im vorigen Jahre über einen ähnlichen Antrag beschloffen worden, klar. Die Verweisung an den Landes-Ausschuß scheint mir um so zweckmäßiger zu sein, da in keinem Falle nach dem von Herrn Abgeordneten Herman gestellten Antrage der Sonder-Ausschuß in der kurzen Zeit, welche wir noch tagen werden, etwas leisten könnte. Es bleibt daher dem Landes-Ausschuße vorbehalten, die auf diesen Antrag bezüglichen Materialien zu sammeln und hierüber dann, wenn er die Materialien geordnet hat, Bericht zu erstatten.

Ich erlaube mir daher, den von Herrn Abgeordneten Herman gestellten Antrag dahin zu modifiziren, daß derselbe an den Landes-Ausschuß zur Berichterstattung gewiesen werde.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch zu sprechen?

Abg. Herman: Ich schließe mich diesem Antrage des Herrn Dr. Waser an, u. z. in der Rücksicht, da die Session zu Ende läuft und der Sonder-Ausschuß nicht mehr im Stande sein wird, seine Arbeiten zu vollenden, zumal Sachverständige einzuvernehmen sein werden. Ich schließe mich daher dem Antrage an, daß der Gegenstand dem Landes-Ausschuße zugewiesen werde, mit dem, daß er in der nächsten Session darüber Bericht erstatte.

Abg. Dr. v. Stremayr (Graz): Ich erlaube mir für den Antrag des Herrn Dr. Hermann Mulley zu sprechen, und das h. Haus insbesondere darauf aufmerksam zu machen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Antrage, der in der vorigen Session zum Beschlusse erhoben wurde, und dem jetzt vorliegenden besteht.

Der Beschluß des h. Hauses im vorigen Jahre ist dahin gegangen, daß der Landes-Ausschuß beauftragt werde, die in der Richtung auf Geltendmachung der Landessprachen in Schule und Amt vorkommenden Wünsche der slovenischen Bevölkerung mit Rücksicht auf diese Pflege zu prüfen, Abhilfe derselben im geeigneten Wege zu veranlassen, und im Ergebnissfalle weitere Anträge hierüber zu stellen. Es hat sich hierin bloß darum gehandelt, diejenigen Wünsche zu berücksichtigen, welche an den Landes-Ausschuß gelangt sind. Der heutige Antrag des Herrn Abg. Herman geht aber dahin, selbstständig eine Prüfung zu veranlassen und die Verhältnisse zu erforschen, somit eine eigene Erforschung dieser Verhältnisse in irgend einer Weise zu veranstalten. Es scheint mir also ein großer Unterschied zwischen dem Antrage, wie er heute von dem Herrn Abg. Herman gestellt

wird, und zwischen dem Beschlusse der von dem h. Hause im vorigen Jahre gefaßt worden ist, zu liegen.

Aus der Bevölkerung selbst, auf deren Wünsche sich im vorigen Jahre der Beschluß des h. Hauses bezogen hat, aus der slovenischen Bevölkerung selbst ist im Laufe des Jahres auch nicht ein einziger Wunsch zur Kenntniß des Landes-Ausschusses gebracht worden; es ist damit auch jeder Grund entfallen, Anträge an das h. Haus zu stellen. Heute wird es sich nur darum handeln, ob man solche Wünsche geradezu provociren soll, ob man geradezu dafür sorgen soll, daß, wenn auch solche Wünsche aus der Mitte der Bevölkerung nicht laut werden, man demungeachtet ihnen in irgend einer Weise etwas entgegen tragen solle.

Mir scheint also, daß ein bedeutender Unterschied zwischen beiden gestellten Anträgen obwalte, ja sogar — ich erlaube es mir geradezu zu sagen, — daß ein Widerspruch zwischen der Verweisung des Herman'schen Antrages an den Landes-Ausschuß und zwischen dem in der vorigen Session gefaßten Beschlusse vorhanden ist.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch zu sprechen?

Abg. Herman: Ich habe selbst in Erfahrung gebracht, daß von Seite der Slovenen keine Beschwerde wegen Beeinträchtigung der Gleichberechtigung zum Vorschein gekommen ist; allein man wird doch nicht etwa so weit gehen wollen, diesen Umstand, den Beschluß nämlich, der nur gefaßt wurde, um uns los zu werden, noch als einen Beweis anzuführen, daß die Gleichberechtigung der Sprachen nicht der Wille der Nation sei. Ich glaube, dieser Schluß wäre etwas zu weit gegangen. Uebrigens ist der Gegenstand vom vorigen Jahre abgethan; mein gegenwärtiger Antrag ist ein ganz neuer Gegenstand, und ich beantrage eben nur in Rücksicht darauf, daß ein Sonder-Ausschuß nicht mehr in der Lage sein wird, diesen Gegenstand zu bearbeiten, daß derselbe dem Landes-Ausschuße zugewiesen werde.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand in der formellen Behandlung das Wort zu ergreifen?

Abg. Dr. Rehbauer (Graz): Ich unterstütze den Antrag des Abg. Herman auf Zuweisung an den Landes-Ausschuß. Auch ich finde, daß der vorjährige Beschluß gar kein Hinderniß sein kann, den heutigen Antrag des Abg. Herman in neue Erwägung zu ziehen, und, nachdem er selbst von seinem früheren Vorschlage der Bildung eines Sonder-Ausschusses abgegangen ist, denselben an den Landes-Ausschuß zu weisen. Ich möchte mir nur auf eine Aeußerung, die der Herr Abg. Herman soeben gethan hat, eine Bemerkung erlauben. Herr Herman hat sich nämlich geäußert, als sei der vorjährige Beschluß nur gefaßt worden, um die Petitionen und Wünsche los zu werden. Dagegen müßte ich mich verwahren. Ich glaube, daß das hohe Haus seinen Beschluß damals in der besten Absicht gefaßt hat, mit dem

redlichsten Willen, allfällig vorkommende gerechte Wünsche gebührend zu berücksichtigen und Abhilfe zu treffen, und daß das keineswegs allenfalls nur ein Beschluß war, um lästige Bittsteller zu entfernen. Gegen das glaube ich mich verwahren zu sollen. (Bravo! Bravo! Rufe: Sehr gut!)

Abg. Dr. M. v. Kaiserfeld (L.-B. Weiz): Ich glaube, daß die Bemerkungen, welche der Herr Abg. Dr. F. Müller gemacht hat, vollkommen richtig sind und auf den gegebenen Fall vollkommen passen. Den Antrag, wie er von dem Herrn Abg. Herman gestellt worden ist, dem Landes-Ausschusse zuweisen, heißt ein Princip, welches in diesem Antrage ausgesprochen ist, schon anerkennen. Wenn Sie den Landes-Ausschuss damit beauftragen würden, so würde demselben die Aufgabe gegeben, unter Berücksichtigung aller Verhältnisse über die Art und Weise der practischen Durchführung der Gleichberechtigung bei den Slovenen Steiermarks durch Einführung der slovenischen Sprache in Schule und Amt zu beraten, und hierüber mit entsprechenden Anträgen Bericht zu erstatten. Dieser Antrag erfordert früher eine formelle Behandlung, denn er enthält die Voraussetzung, daß diese Gleichberechtigung im gegenwärtigen Momente nicht durchgeführt sei, daß sie erst durchgeführt werden müsse, und wenn man nun ihr Executiv-Organ: den Landes-Ausschuss beauftragt, daß er auf diesen Grundsatz hin einen Bericht erstatte, so erkennt das hohe Haus somit auch heute schon diesen Grundsatz, und somit an, daß die Gleichberechtigung nicht besteht. Ich finde also darin beinahe eine präjudicielle Entscheidung.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch in der formellen Behandlung das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand mehr das Wort zu ergreifen wünscht, so erkläre ich die Debatte in Betreff der formellen Behandlung dieses Gegenstandes für geschlossen, und bringe den einzigen vorliegenden Antrag, nämlich den des Herrn Dr. Ritter von Waser, welcher auch von dem Herrn Abg. Herman adoptirt worden ist, zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche dafür sind, daß der Antrag des Herrn Abg. Herman dem Landes-Ausschusse zur Behandlung überwiesen werde, wollen sich erheben. (Geschlecht.) Es ist die Minorität; somit ist dieser Gegenstand erledigt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bilden Berichte des Petitions-Ausschusses. Ich bitte die Herren Berichterstatter der Reihe nach das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter **Dr. Ritter v. Waser** (von der Tribüne): Petition der Landbewohner des 44,000 Seelen zählenden politischen Bezirkes Pettau, womit um die Errichtung einer Realschule in der Stadt Pettau gebeten wird. (Liest):

„Hoher Landtag!

Die Landbewohner des politischen Bezirkes Pettau mit einer Bevölkerungszahl von 44,000 Seelen, haben mit dem regsten Interesse die Intention des h. Landtages, die Volksbildung der Bewohner Steiermarks durch Errichtung von realen Mittelschulen zu fördern, angenommen, und geben sich der Hoffnung hin, daß man auch ihren Wünschen durch Eröffnung von Mittelschulen in Untersteiermark Rechnung tragen werde.

Die gefertigten Landbewohner erlauben sich, in nachstehender Darstellung dem hohen Landtage den Beweis zu liefern, daß nur durch die Errichtung einer Mittelschule in der Stadt Pettau, welche sich dem Vernehmen nach zu großen Opfern in dieser Beziehung herbeigelassen haben soll, die Hebung der Volksbildung in diesem umfangreichen Bezirke gefördert werden könne.

Die Hauptbedingung, den ärmeren und minder bemittelten Bewohnern Gelegenheit zu verschaffen, der Jugend den Unterricht in den Realwissenschaften zu Theil werden zu lassen, besteht in der billigen Unterbringung und Verköstigung ihrer Angehörigen. Die Stadt Pettau ist derart im Mittelpuncte des Bezirkes gelegen, daß sich im Umkreise einer Meile 35 Dörfer mit bedeutender Bevölkerung befinden, welche füglich die Mittelschule in Pettau, ohne daselbst einer Unterkunft zu bedürfen, besuchen könnten. Schon gegenwärtig frequentiren Kinder des zartesten Alters einiger Pfarrespengel die Volksschulen in Pettau bei einer Distanz von einer Stunde und auch weiter. Für die entfernt Wohnenden und Zöglinge fremder Bezirke sind in der Stadt Pettau und deren Vorstädten, allwo durch die Abnahme des Handels, Aufhebung mehrerer Diasterien und des Invalidenhauses, Wohnungen in Fülle leer stehen, sehr billige Kostorte zu haben.

Viel ungünstiger aber sind die Wohnungs- und Verköstigungs-Verhältnisse in der Stadt Marburg, allwo durch den Bestand eines von 400 Schülern besuchten Obergymnasiums, einer Haupt- und Unterrealschule mit 2 Jahrgängen, einer Privat-Handels-Lehranstalt, des Präparanden-Curses und einer theologischen Lehranstalt, und Concentrirung der Eisenbahn-Central-Werkstätte, annehmbare Kostorte nur gegen hohe Preise von 18 bis 30 fl. monatlich zu erhalten sind.

Schon derzeit besteht in der Stadt Marburg factisch der Uebelstand, daß Kinder zarten Alters mit Dienstmägden in Küchen gemeinschaftlich wohnen, was der Moralität sehr abträglich ist (Seiterkeit); ein sprechender Beweis, daß die Concentrirung vieler Lehranstalten in einer kleineren Stadt der allgemeinen Hebung der Volksbildung nicht günstig sei.

Als weiterer Beleg, daß die Errichtung einer Mittelschule in der Stadt Pettau zweckdienlicher wäre,

als in Marburg haben die Gefertigten noch Folgendes anzuführen.

Der politische Bezirk Pettau zählt 15.216, der Bezirk Marburg nur 12896 Steuercontribuenten.

Der Bezirk Pettau enthält außer einigen 1000 Jochen sterilen Bodens des oberen Pettauer-Feldes lauter productives Land, und erzeugt namentlich vorzügliche Weine in großer Menge, während der Bezirk Marburg durch das ausgedehnte Pachergebirge und den Ausläufern der Carnischen Alpen meilenweit nur Waldungen mit einzelnen Gehöften in sich faßt. Es ist allgemein bekannt, daß die Lebensmittel in der Stadt Pettau mindestens um ein Drittel billiger sind als in Marburg, welche Stadt die Consumtibilien aus den Bezirken St. Leonhard, Pettau, ja selbst aus den Bezirken Friedau und Luttenberg beziehen muß.

Laut des noch jetzt in Kraft bestehenden Militär-Bequartierungs-Reglements ist die Stadt Marburg hinsichtlich der Officiers-Quartire in die vierte und die Stadt Pettau in die sechste Classe eingereiht, somit ämtlich constatirt, daß auch die Wohnungen in Pettau um $\frac{1}{3}$ billiger sind.

In jedem Jahresberichte der steier. Landwirthschafts-Gesellschaft und der Handelskammer wird der weinbau-treibenden Bevölkerung der Vorwurf gemacht, daß der Umstand, daß die steiermärkischen Weine am Weltmarkte nicht concurriren können, in der schlechten Kellerwirthschaft seinen Grund habe.

Diesem Mißstande kann nur durch die Errichtung einer, wie bereits oben erwähnt, auch den minder bemittelten Bewohnern zugänglichen realen Mittelschule, vereint mit einer Acker- und Weinbauschule, mit dem Standorte Pettau begegnet werden, welchem um so dringender baldigst entgegengewirkt werden muß, da durch den in neuester Zeit in Aussicht stehenden Zolleinigungs-Vertrag mit den Bundesstaaten den steierischen Weinen der Bezirke Pettau, Friedau und Luttenberg der Markt in Deutschland eröffnet werden dürfte.

In den hohen Landtags-Verhandlungen wird nun in Bälde über die Bildung der autonomen Ortsgemeinden meritorisch entschieden werden, die Gemeinden werden der Bevormundung der kaiserlichen Behörden entrückt, sich selbst überlassen werden, und noch überdies im übertragenen Wirkungskreise politische Amtshandlungen und auch die Steuer-Perception zu führen haben. Wie wird es da den 162 Steuergemeinden des Bezirkes Pettau ergehen, deren Gemeinde-Vorstände und Ausschüsse jetzt nur nothdürftig lesen und schreiben können? Wie wird sich die Ortsgemeinde vor Defraudationen und Ueberschreitungen ihrer Beamten durch Scontrirung wahren können, wenn die meisten Bewohner nur die unvollkommene Bildung von zwei Landschulclassen genossen haben? Abermals ein Beweis, wie nothwendig die

Creirung von Mittelschulanstalten ist, wenn autonome Gemeinden lebensfähig sein sollen.

Weiters erlauben sich die gehorsamst Gefertigten in finanzieller Beziehung einige Bemerkungen anzuführen.

Der politische Bezirk Pettau zahlt gegenwärtig an directer Steuer 320,000 fl. und an indirecter 251,000 fl., er erhält aus eigenen Mitteln mit Inbegriff der Stadtgemeinde Pettau seine Schulen, ohne von dem hohen Aerar oder aus dem Landesfonde einen Kreuzer zu beziehen, er erhält aus eigenen Mitteln seine weitverzweigten Bezirks- und Gemeindeftraßen, darunter die zwei wichtigen Hauptstraßen nach Ungarn und Croatien, welche mit Recht Reichsstraßen sein sollten, und deren Incamerirung vor 7 Jahren bereits eingeleitet, aber wegen Erbauung der Orientbahn als nicht mehr lucrativ den Bezirken Pettau und Friedau als Last belassen wurden. Er stellt ob seines schönen und rüstigen Menschenschlages noch überdies zur Aushilfe anderer Bezirke der Steiermark alljährlich ein Mehrcontingent von 60 bis 80 Mann, er leistet somit was möglich ist an Gut und Blut, und die Entlohnung besteht in der kriegsmütterlichen Behandlung und Vernachlässigung seiner geistigen Cultur, und die Formel der bestandenen ungarischen Verfassung „plebs misera contribuens“ hat auf die Stadt- und Landbewohner Pettaus die vollste Anwendung. Wie günstig hingegen stehen in dieser Beziehung die Schwesterstädte Marburg und Gills, die ärarische Haupt- und Realschulen und vollständige Obergymnasien besitzen, und deren Gaue die ärarischen Hauptreichsstraßen durchziehen und somit bedeutend weniger Lasten zu tragen haben!

Die gehorsamst Gefertigten sind der vollsten Ueberzeugung, daß der hohe Landtag ihren Wünschen zuversichtlich Rechnung tragen und sich bei dem hohen Rechts- und Billigkeitsgeföhle, welches aus allen bisherigen Verhandlungen so prägnant hervorleuchtet, nicht von Protections-Rücksichten werde leiten lassen.“

Es folgen die Unterschriften von 18 Gemeinde-Vorständen.

Der Petitions-Ausschuß erlaubt sich nun dem hohen Hause den Antrag zu stellen: „Das hohe Haus wolle diese Petition dem Landes-Ausschusse zur Berücksichtigung bei der bereits im Gegenstande im Zuge befindlichen Verhandlung zuweisen und zwar mit dem Auftrage, hierüber gleichzeitig Bericht zu erstatten.“

Landeshauptmann: Herr Abg. Herman hat sich zum Worte gemeldet.

Abg. **Herman:** Sie haben eben gehört, meine Herren! daß die Landgemeinden um eine Realschule gebeten haben, und, wie ich glaube, mit Recht; denn ich kann der Ansicht nimmer beipflichten, daß die Realschule nur für Gewerbe und Industrie, oder doch vorzugsweise für Gewerbe und Industrie bestimmt ist. Wir sind, namentlich in Untersteiermark, ein Ackerbau treibendes Volk, unsere Indu-

strie ist kaum nennenswerth und eben daher, weil dem größten und wichtigst. n der Stände, dem Bauernstande bisher außer seiner mechanischen Abdrillung in der Volksschule keine Gelegenheit geboten war, sich seinen Gesichtskreis zu erweitern, sein Denkvermögen zu üben und sich in seinem Berufe auszubilden und sich das Verständniß eines vernünftigeren oder bessern Discursus oder belehrender Volksschriften zu verschaffen, erklärt sich der bedauernde Zustand derselben und gewiß auch die finanzielle Verkommenheit des Staates. Ja, meine Herren! legen Sie dem Bauer 1, 2 fl. mehr Steuer auf, so geht er schon zu Grunde, denn er ist unbehilflich, er weiß keinen Nachtheil abzuwenden, keinen Vortheil sich herbeizuführen.

Es mahnen die National-Ökonomen, von der bisherigen gefährlichen, blinden und gewissenlosen Verrachtlässigung der Landwirtschaft abzustehen. Es ist mir diesfalls vor einigen Tagen ein Schriftstück zu Gesicht gekommen, welches diese meine Ansicht vollkommen bestätigt. Das hohe Haus wird mir erlauben, einige Zeilen aus diesem Schriftstücke vorzulesen.

Landeshauptmann: Wünscht das hohe Haus, die Bewilligung hiezu zu erteilen? (Rufe: Ja!) Ich bitte also zu beginnen.

Abg. Herman (liest): „Die Geschichte der einzelnen Staaten und Völker kennzeichnet seit Jahrhunderten den Weg, den wir zu erwählen haben, um Staats- und Volkswohl zu begründen und zu befestigen.

Ohne materielles Wohl in allen Schichten der Bevölkerung ist es unmöglich, sich ein freies und glückliches Volk zu denken. Das materielle Wohl eines Volkes kann aber nur dann dauernd festgestellt werden, wenn die Landwirtschaft zur Basis des gesammten Staatslebens gemacht wird.

Fast alle Schwankungen im Völkerleben lassen sich zurückführen auf das Mißverhältniß der Landwirtschaft zur Industrie. Die Bevorzugung der Industrie vor der Landwirtschaft erzeugt stets ein Proletariat, während durch ein richtiges Verhältniß der Landwirtschaft zur Industrie der Wohlstand der Massen gehoben und opferwillige Völker geschaffen werden.

Es ist auffallend, daß die Quellen des Wohlstandes, welche aus einer thätigen und umsichtigen Würdigung und Kenntniß durch Ackerbauung, dieser verachteten aller Berufsarten, hervorgehen, gerade demjenigen Theile des Volkes, welches zu ihrer Ausbeutung berufen ist, nur deshalb verschlossen bleiben, weil man ihn der Möglichkeit beraubt, die Reichthümer desselben zu erkennen und zu Tage zu fördern, weil man den Landmann gewissermaßen durch eine fehlerhafte Gesetzgebung zwingt, nur das sich anzueignen, was ihm von den Vätern überliefert wurde, während eine tiefere Kenntniß dessen, was ein Vo-

den durch eine künstliche und geschickte Bearbeitung hervorzubringen würde, verschlossen bleibt.

Die Landes-Gesetzgebung ist daher berufen, die Fessel, welche die Landwirtschaft zur freien, segensbringenden Entwicklung nicht kommen läßt, zu lösen, und ihr die Stellung einzuräumen, die ihr vor der Industrie gebührt.

In Steiermark ist offenbar die Industrie zum großen Nachtheile der staatlichen und finanziellen Entwicklung zu sehr begünstigt.“

Meine Herren! Welches ist die Fessel oder doch eine der vorzüglichsten Fesseln, welche die Landwirtschaft hemmen? — Die vernachlässigte Erziehung des Landmannes — und wodurch ist dem zu helfen? — durch die Schulen — durch welche Schulen? durch Gymnasien, durch Griechisch und Latein? — Nein, meine Herren! durch Realschulen und landwirtschaftliche Schulen. Denn gerade die Realschulen, gerade die Realwissenschaften sind es, welche der Landmann braucht; Naturlehre, Chemie, die täglich wichtiger wird und ohne welche eine vernünftige Haushaltung nicht möglich ist; ohne Geographie und Geschichte ist aber dem Menschen die Welt verschlagen; er versteht keine Zeitungen und Schriften zu lesen; ohne dieselben ist auch der Unterricht in den landwirtschaftlichen Gegenständen fast nicht möglich. Man sagt zwar: der Bauer will nur Gymnasien, er will seinen Sohn nur in die Theologie bringen. Das ist wahr, meine Herren! Er hatte ja bisher nichts anderes als Gymnasien. Aber dieses Verlangen ist unnatürlich, uns geziemt eine höhere Auffassung, meine Herren! Wir müssen dem Volke das geben, was ihm noth thut, und das sind die Realschulen mit ihrer kurzen Lehrzeit, mit ihrer billigeren Ausbildung und mit ihren praktischen Wissenschaften. Die Realschule war dem Landmanne bisher etwas Unbekanntes, sie wird aber bald seine Aufmerksamkeit auf sich ziehen und sie wird dies umso mehr, wenn er sieht, daß er durch selbe ebenfalls zu Brot und Ansehen gelangen kann. Er wird die Realschule umso mehr aufsuchen, wenn er wissen wird, daß er durch dieselbe jederzeit, selbst unter dem Jahre nach Ablegung einer Prüfung in das Gymnasium übertreten kann. Ja, ich denke, daß talentvolle Schüler den Weg in das Obergymnasium durch die Realschule nehmen werden, weil sie dadurch ihre Lehrzeit abkürzen können.

Ich behaupte demnach, daß die Realschule vorzüglich auch für die ländliche Bevölkerung ein dringendes Bedürfniß ist, und diesfalls ist die Stadt Pettau vorzüglich berufen, als Schulort zu figuriren. Die vierte Classe der Schule in Pettau hatte im vorigen Jahre 60 Schüler und ich bin überzeugt, daß, wenn daselbst eine Realschule sich befände, zwei Drittheile der Schüler in selbe aufgestiegen wären.

Die Petition sagt, es seien um Pettau 35 Dörfer, welche ihre Kinder, ohne daß diese einer Unterkunft erst be-

dürfen, nach Pettau in die Schule schicken können. Diese 35 Dörfer haben gewiß eine männliche schulfähige Jugend von 600 Köpfen und ich nehme an, daß nur $\frac{1}{10}$ derselben die Realschule besuchen werden, so wird in selber die Anzahl der Schüler sich auf 60 belaufen.

Der Bezirk Pettau hat 44.000 Seelen, die Stadt ist im Mittelpunkte des Bezirkes gelegen, die meisten Kinder dieses Bezirkes könnten sich gegen eigene Victualien in Pettau unterbringen. Pettau ist der Vorort der Bezirke Rohitsch, Friedau, Ober-Radkersburg, Pettau ist auch im Mittelpunkte dieser Bezirke und der Bezirke Windisch-Feistritz, St. Leonhard, Marburg, demnach in der Mitte von der halben Bevölkerung Untersteiermarks und derart gelegen, daß alle diese Bewohner Pettau in einer halben Tagreise zu Fuß erreichen können. Der Bezirk Pettau ist an der Grenze von Croatien und ist nicht ferne von der ungarischen Grenze. Es ist zu erwarten, daß die Realschule zu Pettau auch von daher Zugang erhalten werde.

Da man eben Schulen für das Volk errichtet, wird es billig sein, auch auf die Stammverwandten des Volkes Rücksicht zu nehmen, und es haben sich bereits auch Stimmen aus der Presse und aus Croatien vernehmen lassen, welche es als sehr wünschenswerth bezeichnen, wenn eine Realschule in Pettau errichtet würde.

Ich weiß, meine Herren, daß das Land wie die Regierung weder die Berechtigung noch die Pflicht haben, eine kostspielige Lehranstalt bloß einer Gemeinde zu Liebe ins Leben zu rufen, wenn das Unterrichts-Bedürfnis nicht vorhanden ist. Hier ist aber das Unterrichts-Bedürfnis augenscheinlich vorhanden und da das Bedürfnis einer vollständigen Realschule für Untersteiermark allseitig anerkannt ist und diese Ueberzeugung auch im Schooße des Landes-Ausschusses vorherrschte, so ist es bei dieser Sachlage der Stadt Pettau wohl auch gestattet, als Mitbewerber aufzutreten. Ich habe diesen Gegenstand bezüglich der Standorte der Realschule in die Oeffentlichkeit geworfen, um zu veranlassen, daß man sich darüber ausspreche, und ich glaube, die Herren haben selbst gelesen, daß die öffentliche Meinung sich bisher für Pettau ausgesprochen hat. Es wurde mir nur von einigen Correspondenten in Marburg entgegengetreten, die mich aber nicht sehr zart behandelt haben, und die mich daher veranlassen, die Rechtsansprüche der Stadt Pettau gegenüber Marburg hier ebenfalls zu beleuchten.

Ich sage, von den 100 Schülern der Realschule in Pettau würden kaum 30 derselben die Realschule besuchen, wenn selbe in Marburg errichtet würde, allwo die Theuerung und die Wohnungsnoth dann noch größer und schon demalen der Art ist, daß eine mittelmäßige Unterbringung 15, 20 bis 30 fl. kostet, und wo mehrere Gymnasialschüler mit einer ganzen Wäscherfamilie sich in einem und demselben Zimmer unterbringen müssen. Die Realschule in Marburg ist nur für die Stadtbevölkerung wünschenswerth;

für die Landbevölkerung außer und um Marburg ist der Besuch der Realschule in Pettau nicht nur nicht beschwerlich, sondern wegen der geringen Kosten und wegen der geringen Gefahr der Verführung der Schuljugend sogar vortheilhaft.

Für die Bevölkerung Marburgs aber hat Marburg ohnehin schon Bildungs-Anstalten, es hat, wenn man annimmt, für die halbe Bevölkerung das Gymnasium, für das Gros der anderen Bevölkerung die demselben genügende Unterrealschule, während Pettau für seine ganze Bevölkerung ohne Bildungs-Anstalt dassteht. Unsere Verweisung nach Marburg wäre demnach, ich sage, eine der ganzen, oder zwei Dritttheile der Bevölkerung geltende Unterrichtsverweigerung; und ich glaube, daß man ihr eine Aufopferung der Landwirthschaft zu Gunsten einer Industrie, die nicht vorhanden ist, nicht anthun wird.

Marburg liegt zu nahe an Graz und wenn wir nach Marburg gehen müssen, gehen wir lieber nach Graz, wo es viel billiger ist.

Marburg liegt an der Grenze des Sprachgebietes und der westliche Theil am Pachergebirge ist nur dünn bevölkert, während der Schwerpunkt der Bevölkerung, der dichtest bevölkerte Theil von ganz Untersteiermark in derjenigen Gegend ist, welche Pettau zum Vororte hat. Ist, wenn man die Realschule dort errichten will, wohin es für die Mehrzahl am weitesten, wo es am theuersten, und wenn man den Besuch derselben dem Volke recht erschweren will, dann kann man sie in Marburg errichten. In Marburg ist factisch kein Platz für eine zweite vollständige Mittelschule, und es ist nicht im Stande, selbe zu fassen. Es ist auch unzulänglich, zwei Mittelschulen, zwei vollständige Mittelschulen in einer kleinen Stadt einzurufen — dieser Ausdruck ist wahrlich zu wählen. — Meine Herren, betrachten Sie die Karte in Deutschland, wo man es in der Civilisation so weit gebracht hat, daß man dem Grundsätze der Gleichberechtigung huldigt. In Deutschland finden Sie nicht alle Anstalten in einer Stadt concentrirt, da finden Sie die eine Anstalt hier, die andere an einem anderen Orte, und namentlich sind die Lehranstalten an kleineren Orten, wo sie ganz vortrefflich gedeihen.

Meine Herren! wir verwahren uns gegen jede unnötige Centralisirung der Bildung und des Wohlstandes, und verlangen, daß die Bildungsanstalten über dem Gebiete der Nationen gleichmäßig ausgestreut werden. Den Verhältnissen und den Bedürfnissen Untersteiermarks entsprechen genau 3 vollständige Mittelschulen, 2 Gymnasien und eine Realschule, und deswegen ist es gerecht, daß jede dieser drei vorzüglichsten Städte eine dieser Anstalten erhalte.

Ich weiß, daß die Frage der Oberrealschule heuer nicht zur Entscheidung kommen kann; allein wenn auch Pettau die Oberrealschule nicht bekommt, so ist für selbe

unbedingt eine Unterrealschule nötig. Ich würde daher den Landes-Ausschuß bitten, seinen Bericht über meinen Antrag auf Errichtung einer Unterrealschule in Pettau bald einzubringen; wer weiß, wann der nächste Landtag wieder zusammenkommt, und welche Zwischenfälle eintreten können, und hier ist jeder Tag Versäumnis und Schaden.

Die Stadt Pettau hat sich zu ungeheueren Opfern erbotten, das was sie anbietet, entspricht einem Capitale von 50.000 fl. Ich glaube, es wäre eine Lieblosigkeit, wenn wir diese Opferwilligkeit und Hingebung nicht würdigen würden.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch über diesen Gegenstand zu sprechen?

Abg. v. Feyrer (L. B. Marburg): Nachdem von dem Petitions-Ausschusse der Antrag gestellt wird, da die ganze Angelegenheit an den Landes-Ausschuß überwiesen werde, so dürfte nur eine Berichtigung einer vom Herrn Abgeordneten Herman vorgebrachten Aeußerung nötig sein, denn ich glaube, daß der Landes-Ausschuß ohnehin die Sache reiflich prüfen, und die Unterrealschule dorthin verlegen wird, wo es am zweckmäßigsten besunden wird.

Es ist also nicht nothwendig, in eine Erörterung der Frage einzugehen, ob Marburg oder Pettau der zweckmäßigere Ort sei. Allein ich muß doch Eines berichtigen, was der Herr Abgeordnete Herman vorgebracht hat. Er hat nämlich selbst ausgesprochen, daß in Untersteiermark hauptsächlich nur die Landwirthschaft florire, die Industrie aber noch sehr zurück sei. Wie er nun da zu der Meinung kommen kann, daß in Folge dessen, und noch dazu gerade für Pettau, eine Realschule nothwendig sei, kann ich nicht begreifen; denn Diejenigen, welche sich nur dem Landbau zuwenden, werden gewiß keine Realschule besuchen. (Rufe: Oho!) In Marburg aber florirt im Vergleiche mit dem Bezirke Pettau die Industrie, und wird sich noch immer mehr und mehr erhöhen, da dort viele Werkstätten der Eisenbahn errichtet werden.

Wenn der Herr Abgeordnete ferner sagt, daß in Marburg schon viele Studenten des Gymnasiums kaum eine Unterkunft finden, so muß ich das vollständig in Abrede stellen. Vielleicht keine Stadt in ganz Oesterreich thut so viel für die Studenten, wie gerade Marburg; mehr als die Hälfte der Studenten in Marburg leben nur von den Wohlthaten der Stadt. Es ist keine Bürgerfamilie, bei der nicht mindestens 4 bis 5 Studenten wöchentlich die Kost haben, und es gibt Häuser, wo täglich 6, 8 Studenten die Kost haben. Davon kann also gar keine Rede sein, und wenn früher solche Uebelstände, wie sie der Herr Abgeordnete Herman besprochen hatte, vorhanden waren, nämlich, daß viele Studenten zusammen in einem Locale wohnen mußten u. s. w., so ist dagegen schon vor langer

Zeit, insbesondere durch die Herren Professoren des Gymnasiums selbst eine Abhilfe getroffen worden, so daß solche Uebelstände schon seit mehreren Jahren nicht mehr vorkommen.

Was übrigens die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Herman betrifft, daß Pettau ein Mittelpunkt für die Realschule sei, so wird wohl Jeder, der einen Blick auf die Landkarte wirft, sehen, daß Marburg mehr in der Mitte von Steiermark liegt, als Pettau.

Was die Bemerkung von der Größe der Bevölkerung im Pettauer Bezirke anbelangt, so muß ich nur sagen, daß der Marburger Bezirk trotz des Pachergebirges eine dichtere und wohlhabendere Bevölkerung hat, daß daher auch die Realschule von Seite dieser Bevölkerung gewiß mehr benützt werden kann, als wie von Pettau aus.

Ich glaube übrigens, daß, wie ich schon erwähnt habe, der Landes-Ausschuß dies Alles wohl erwägen wird.

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Plankensteiner hat das Wort.

Abg. Plankensteiner (L. B. Murau): Ich möchte nur auf einige Bemerkungen des Hrn. Abgeordneten Herman antworten. Er hat nämlich aus einem Schriftstücke vorgelesen, daß die Industrie in Steiermark zum Nachtheile der Landwirthschaft viel zu sehr begünstigt sei. Ich weiß nun nicht, woher dies Schriftstück stammt, ob es aus einem national-ökonomischen Werke oder irgendwo anders her ist; jedenfalls würde ich vor dem National-Deconomen, der die Behauptung aufstellt, daß die Industrie ein großer Nachtheil für die Landwirthschaft ist, keinen großen Respect haben. (Heiterkeit.) Wenn da gesagt ist, daß die Industrie in Steiermark viel zu sehr begünstigt ist, so möchte ich im Gegentheile wünschen, daß dies der Fall wäre; denn blicken Sie auf alle jene Länder, wo die Landwirthschaft in einem hohen Flor steht, wie in Belgien und England, so werden Sie überall eine außerordentlich entwickelte Industrie finden. Nur insoferne wollte ich dem Hrn. Abgeordneten gegenüber eine Berichtigung mir erlauben. (Bravo! Rufe: Sehr gut!)

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Herman hat das Wort.

Abg. Herman: Ich habe nicht vorgelesen, daß die Industrie zu sehr begünstigt sei, sondern nur im Verhältniß zur Landwirthschaft, und daß diese gegen jene zurückgesetzt werde. Der Abg. v. Feyrer hat sich auf die Industrie Marburgs berufen, allein ich wüßte nicht, daß dasselbe in irgend einer Beziehung eine größere Industrie aufzuweisen hätte als Pettau. Man beruft sich auf die vielen Fabrikarbeiter Marburgs, für welche nun auf Kosten der Nation und zum Nachtheil derselben eine so kostspielige Lehranstalt hergestellt werden müßte. Meine Herren! ich glaube, diese Lehranstalt gehört zunächst für die Söhne des Landes; diese sind in erster Linie zu berücksichtigen. Die Landpfarre Mi-

noritten bei Pettau, deren Landschule neben der städtischen sich ebenfalls in Pettau befindet, hat über 6000 Bewohner, beinahe so viel, als die Stadt Marburg, und hat auch Arbeiter, wenn auch nicht Fabrikarbeiter, welche, wenn sie auch nicht für eine fremde Gesellschaft thätig sind, so doch den Boden bearbeiten und froh wären, wenn sie ihre Kinder in eine nahe bessere Schule schicken könnten; allein es ist nur Bauernvolk, das nur die Ehre hat, daß man es schindet und plagt. . . (Rufe: Oho! Abg. Wörtl: Zur Ordnung!)

Landeshauptmann: Ich muß den Herrn Abgeordneten wirklich ersuchen, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen, da ich ihn sonst zur Ordnung rufen müßte, obwohl dieser Fall hier noch nicht vorgekommen ist. Ich bitte, weiter fortzufahren. (Abg. Herman schweigt.) Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Berichterstatter Dr. Ritter v. Waser: Die bisher gepflogene Verhandlung hat uns zu meiner größten Ueberraschung in medias res geführt, ohne daß hiezu meines Erachtens der vorliegende Antrag Anlaß gegeben hat. Ueber den Antrag des Petitions-Ausschusses wurde gar nicht gesprochen; derselbe hat lediglich den Antrag gestellt, diese Petition dem Landes-Ausschusse zu überweisen mit dem Auftrage, diese Petition bei Erstattung des Berichtes über den vom Abg. Herman im vorigen Jahre gestellten Antrag wegen Errichtung einer Unterrealschule in Pettau zu berücksichtigen. Dieser Antrag wurde meines Wissens von keinem der Redner angefochten oder auch nur alterirt. Ich weiß nicht, wie wir jetzt zu dieser Verhandlung gekommen sind, und ich besorge, wir könnten einen Beschluß über eine Sache anticipiren, welche gar nicht an der Tagesordnung ist. Ich muß mir daher die Frage erlauben, ob es einem der Herren Redner gefällig ist, über die formelle Behandlung dieser Petition einen Gegenantrag zu stellen; denn ich glaube, in das Meritum einzugehen, haben wir gar keinen Anlaß.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand über diese Petition zu sprechen?

Abg. v. Seyrer (L. u. B. Marburg): Der Herr Abg. v. Waser hat ganz richtig bemerkt, daß wir in eine unvorhergesehene Debatte gekommen sind und ich selbst, ich muß es gestehen, bin auf den Gegenstand nicht vorbereitet, sondern habe vielmehr geglaubt, es werde der Antrag des Petitions-Ausschusses einfach angenommen werden; ich wäre sonst ganz andere statistische Daten vorzubringen im Stande gewesen, welche wahrscheinlich schlagender für Marburg wären, als für Pettau, und welche ich mir seinerzeit vorzubringen vorbehalten.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand über diese Petition das Wort zu ergreifen?

Abg. Dr. Moriz v. Kaiserfeld (B. u. L. Weiz): Ich glaube von dem Herrn Abg. Herman vernommen zu

haben, daß er fordert, daß diese Petition schon in dieser Session die gewünschte Erledigung durch den Landes-Ausschuß finde. Ich weiß nun nicht, ob er darüber einen Antrag formulirt hat oder nicht, und für den ersteren Fall müßte ich mir das Wort erbitten.

Landeshauptmann: Der Abg. Herman hat meines Wissens keinen ausdrücklichen Antrag gestellt, sondern nur eine Aufforderung im Allgemeinen vorgebracht; er hat nicht von dem Inhalt dieser Petition gesprochen, sondern nur gewünscht, daß bezüglich der Errichtung einer Unterrealschule in Pettau der Landes-Ausschuß noch in dieser Session berichte.

Abg. Herman: Den Antrag auf die Errichtung einer Unterrealschule in Pettau habe ich schon in der vorjährigen Session eingebracht; er soll nun in dieser Session zur Berichterstattung kommen, und ich habe nur den Landes-Ausschuß gebeten, ihn in dieser Session noch zu bringen.

Abg. Dr. Moriz v. Kaiserfeld: Nun muß ich mir doch das Wort erbitten. In der vorjährigen Session hat die Stadtgemeinde Marburg bei dem Landtage eine Petition eingebracht um die Errichtung einer Oberrealschule, oder doch wenigstens einer dreiclassigen Unterrealschule mit Zufügung eines vierten practischen Jahrganges. Diese Petition wurde von dem hohen Landtage in der 18. Sitzung dem Landes-Ausschusse zur Berichterstattung und zur Vornahme der Verhandlungen zugewiesen. Der Landes-Ausschuß hat über diese Petition die Verhandlungen eingeleitet und war insbesondere durch den Antrag des Petitions-Ausschusses angewiesen, daß Einvernehmen mit den Reichsbehörden zu pflegen, ob nicht die Reichsbehörden die Errichtung einer Unterrealschule auf Kosten des Staates übernehmen wollten; er hat dieses Einvernehmen mit den Reichsbehörden gepflogen, und sich auch mit der Stadtgemeinde Marburg ins Einvernehmen gesetzt, welche sich zu bedeutenden Opfern herbeigelassen hat. Es wurde ferner die Direction der hiesigen Oberrealschule über das Project gefragt; aber alle die Erledigungen dieser Verhandlungen des Landes-Ausschusses sind erst während der Dauer der gegenwärtigen Session eingelangt. So ist die definitive Aeußerung der Gemeinde Marburg erst am 5. d. Mts., die Aeußerung der hohen Statthalterei unter dem 19. und 22. März d. J. eingelaufen.

Ebenso wurde in der vorjährigen Landtags-Session durch den Abgeordneten Herman hier ein Antrag eingebracht, dahingehend, ob in Untersteiermark eine Unterrealschule zu errichten und ob nicht Pettau der geeignete Platz dafür sei. Auch diesen Antrag hat der hohe Landtag in der 34. Sitzung dem Landes-Ausschusse zur Behandlung zugewiesen und auch hierüber hat der Landes-Ausschuß die nöthigen Erhebungen gepflogen und der

Herr Abgeordnete Herman wird wissen, daß er se. hft um eine nähere Begründung seines Antrages angegangen wurde. Es wurde die Gemeinde Pettau wegen Beiträge und wegen jener Unterstützung vernommen, welche sie diesem Projecte gewähren wollte, und es wurde die hohe Statthalterei aufgefordert, sich insbesondere in der Rücksicht zu äußern, erstens ob in dem Bezirke Pettau die Errichtung einer Realschule ein Bedürfnis sei? und zweitens ob es dem Bezirke Pettau möglich sei, eine jährliche Subvention von 1000 fl. zu dieser Realschule zu leisten, eine Subvention, von welcher der Abgeordnete Herman in seiner Rückäußerung gesprochen hatte. Auch diese Erhebungen sind sehr spät und erst während dieser Session eingelaufen und zwar die der Gemeinde Pettau unterm 8. dieses Monats die der hohen Statthalterei in Betreff des Beitrages des Bezirkes Pettau ist noch im Auslande.

Um was handelt es sich nun? Zwei Städte sind miteinander im Kriege: welche von ihnen eine Realschule haben soll? Marburg verlangt eine Oberrealschule, Pettau in seinen letzten Äußerungen zwar nur eine Unterrealschule, jedoch mit der Aussicht, daß dieselbe in nächster Zeit in eine Oberrealschule verwandelt werde. Dabei handelt es sich aber nicht um diese locale Frage allein, sondern nach meiner Ansicht gibt es hier noch andere Fragen, die nothwendigerweise in Erwägung gezogen werden müssen, und solche sind: Erstens besteht für Untersteiermark überhaupt das Bedürfnis nach einer Ausdehnung des Realunterrichtes? Zweitens: beschränkte sich dieses Bedürfnis lediglich auf Untersteier, oder erstreckt sich dasselbe nicht vielleicht über das ganze Land? Drittens: ist daher nicht die ganze Frage, bevor man in ein Detail derselben eingeht, und bevor man etwa eine Realschule in irgend einer dieser beiden Städte errichtet, nicht im Zusammenhange aufzufassen, und ist nicht etwa die ganze Frage nach einem System der Ausbreitung des Realunterrichtes über das ganze Land einzurichten? Viertens: besteht das Bedürfnis für Untersteiermark blos in der Errichtung einer Unterrealschule, oder besteht das Bedürfnis auch in der Errichtung einer Oberrealschule, oder besteht das Bedürfnis in der Errichtung beider zugleich an verschiedenen Orten? Endlich entsteht fünftens die Frage: Wie weit gehen hiebei die Verpflichtungen der Gemeinden, welche Beiträge sind daher mit den Gemeinden abzuschließen, welche Rechte hat sich das Land vorzubehalten?

Alle diese Fragen, glaube ich, bedürfen einer sehr reiflichen Prüfung und nach meiner Ansicht kann es nicht angehen, daß man deshalb, weil man gerade den Wahlbezirk einer dieser Städte vertritt, den Landtag verleite zu einer Uebereilung. Es kommt aber noch mehr dazu.

Der Abg. Ritter von Martini hat einen Antrag eingebracht, der Landes-Ausschuß habe zu erwägen, ob es nicht besser sei, das System der Realgymnasien einzuführen, und insbesondere die landchaftliche Oberrealschule nach diesem Systeme umzugestalten? Dieser Antrag ist dem Landes-Ausschuße zugewiesen. Dieses ist nun eine Frage, welche im Augenblicke auch den Unterrichtsrath, wie die Blätter berichten, beschäftigt, und je nachdem diese Frage gelöst wird, wird vielleicht auch das Begehren der Städte Pettau und Marburg eine ganz andere Richtung bekommen können. Realgymnasien! Ich stelle mir darunter das vor, was beiläufig in Frankreich die Lyceen sind, nämlich Unterrichtsanstalten, in welchen in den unteren Classen, welche sie dort divisions elementaires und divisions grammaires nennen, gemeinschaftlicher Unterricht für alle Lebenszwecke erteilt wird, die der Jüngling je ergreifen will, mit Zugrundelegung aber des Unterrichtes in den antiken Sprachen. Erst von dort hinauf, nach der division grammair, theilt sich das Unterrichtssystem in zwei Gruppen, von denen die eine, section des lettres, den humanistischen, die andere, section des sciences, den realistischen Unterricht vorzüglich berücksichtigt, immer aber ohne Vernachlässigung der alten Sprachen in den letzteren. Wenn etwa dies System adoptirt würde, dann müßte auch der Staat alle seine Gymnasien darnach einrichten, dann müßte auch das Land alle seine Realschulen darnach einrichten, die Unterrealschulen, sowie die Untergymnasien müßten nach diesem Systeme ausgebildet werden. Denken Sie sich nun, daß dieses System adoptirt wird, so wird in Marburg ein Realgymnasium auf Kosten des Staates bestehen, und es wird die Frage entstehen, ob neben ihm parallel auch ein solches Realgymnasium auf Kosten der Gemeinde oder des Landes fortbestehen soll? und die Frage wird sich erst dann dahin culminiren, ob nicht in Marburg diese weitere Auszweigung für realistische Wissenschaften auf Kosten des Landes fortgebildet werden soll? Wenn diese Frage etwa in dem Sinne gelöst würde, so wird sich auch für Pettau die Frage ganz anders stellen, nämlich dahin: Der Gymnasial-Unterricht ist als die Grundlage aller humanitären Bildung in diesem Augenblicke wenigstens als eine Reichs Sache anerkannt. Das Reich unterhält die Gymnasien, und wenn nun Pettau ein solches Realgymnasium wünscht, und die Beiträge dazu leisten will, so wird es sich um die Gewährung seiner Bitte höchst wahrscheinlich nicht an die Landesvertretung, sondern an den Staat zu wenden haben.

Sie sehen also, daß es der Fragen in diesem Punkte so viele gibt, daß sie in diesem Augenblicke, nachdem die Erhebungen so spät und theilweise noch gar nicht eingelangt sind, während einer bewegten Session und von einem Landes-Ausschuße, dessen Mitglieder fast in den meisten Ausschüssen viel beschäftigt sind, unmöglich gelöst werden können, und ich glaube, Sie werden dem Landes-Ausschuße Recht

geben, wenn er sich hütete, Ihnen irgendwie ein unreifes Project vorzulegen. (Bravo, Bravo!)

Abg. **Serman**: Aus der Aeußerung des Landes-Ausschusses sehe ich, daß wir an das Reich gewiesen, oder wenigstens für dieses Mal abgewiesen werden sollen. Er verweist uns auf ein System, das erst geprüft werden soll, und ich glaube, dieses System sollte die Frage bezüglich der Unterrealschule in Pettau, welche ich beantragt habe, durchaus nicht beirren. Es ist noch eine große Frage, ob Realgymnasien beliebt, ob sie genehmiget werden. Ich finde es vielleicht für wünschenswerth, daß die reinen Gymnasien sich noch mehr den Realien nähern, allein das beweist oben für die Realien. Gegen die Umgestaltung der Realschulen in Realgymnasien müßte ich mich, so weit jetzt meine Einsicht und Erfahrung reicht, entschieden aussprechen. Meine Herren! wenn Sie Jemanden für Alles qualificiren wollen, so wird er in Nichts vollkommen sein, und Fachstudien sollen so früh als möglich beginnen, und die Lehrzeit so kurz als möglich sein. Durch die Umgestaltung der Realschulen in Realgymnasien wird aber der Unterricht um ein Jahr verlängert, und die Ausbildung eben dadurch verzögert. Uebrigens lassen sich Realschulen sehr leicht in Realgymnasien verwandeln, wenn sich dieselben bewähren und durchaus beliebt werden sollten.

Dieses wäre also wohl kein Grund, um uns auf eine ferne Zukunft zu verträufen. Das Unterrichtsbedürfnis ist in einem hohen Grade vorhanden, das Land hat für Untersteiermark noch gar nichts gethan, und doch werden wir sehr engagirt. Man errichtet Bildungsanstalten über Bildungsanstalten, aber für hier, für die Hauptstadt. Ich weiß wohl es ist dies auch unsere Hauptstadt, und was für dieselbe gethan wird, kommt auch uns zu Gute, aber nicht in dem Maße, als wir beitragen müssen.

Allein dagegen, meine Herren! muß ich mich verwahren, daß mein Antrag, welchen ich in der verflossenen Session eingebracht habe, heuer nicht zur Berichterstattung komme, er muß heuer zur Berichterstattung kommen. Die Motive, welche angeführt wurden, sind nicht stichhältig, um uns abzuweisen, es läßt sich aus einer Realschule immer noch ein Realgymnasium machen. Nehmen wir andere Länder, wie Böhmen und Oesterreich, wie sie sich beeilen für den Unterricht zu sorgen, und bei uns, wo die Gemeinden mit solchen Opfern entgegenkommen, wird man immer auf die lange Bank gewiesen. Wir erwarten daher von dem Landes-Ausschusse, daß er die Frage der Realschule noch in dieser Session zur Berathung bringen werde.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Berichtersteller **Dr. Ritter v. Waser**: Die Verhandlung, welche jetzt gepflogen wurde, hat eine Dimension erreicht, welche weit über die Grenze des Antrages des Petitions-Ausschusses hinausgeht. Ich darf mir daher das

Wort erbitten, nicht als Berichtersteller des Petitions-Ausschusses, sondern als Abgeordneter.

Ich bin weit entfernt, als Vertreter des Wahlbezirkes Stadt Pettau das hohe Haus zu irgend einen übereilten Beschluß zu induciren. Obgleich ich die Ueberzeugung hege, daß die Lösung der hier angeregten Frage für die Stadt, deren Vertreter ich bin, eine Lebensfrage ist, so glaube ich doch im Interesse der gesammten Untersteiermark Sie zu bitten, über diese Frage heute noch keine Entscheidung zu fällen, um kein Präjudiz zu schaffen. (Rufe: Sehr gut!) Wir wollen feinerzeit diese Frage sine ira, aber cum studio gründlich behandeln. (Bravo! Bravo!) Wir Alle sind heute nicht vorbereitet, und es würde mich tief kränken, wenn Sie heute ein Präjudiz schaffen möchten, welches die Interessen meiner Heimatstadt so innig berührt und so tief verletzen könnte. Wir wollen darüber feinerzeit ganz ruhig sprechen und debattiren, und ich bin überzeugt, Sie werden ganz unparteiisch dasjenige beschließen, was Sie für gerecht erkennen. (Rufe: Sehr gut!) Aber heute können wir eine für meine Heimatstadt so wichtige Frage nicht in Angriff nehmen.

Dieses erlaubte ich mir Ihnen zu bemerken. (Bravo!)

Doch noch Eines. Mein verehrter Freund Moriz von Kaiserfeld hat meines Erachtens den eigentlichen Gegenstand der Frage des Herrn Abg. Serman mit Betrachtungen in Verbindung gebracht, die mir keine klare Einsicht geben. Die Sache ist ganz einfach die. Der Abg. Serman hat im vergangenen Jahre einen Antrag auf Errichtung einer Unterrealschule in Pettau gestellt. Dieser Antrag wurde an den Landes-Ausschluß verwiesen. Es handelt sich daher jetzt nur darum: wird dieser Bericht erstattet werden, oder nicht? Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. v. Kaiserfeld durch die Motive, die er uns heute vorgebracht hat, auch schon eine Entscheidung des Hauses darüber veranlassen will, daß er heuer den Bericht nicht erstatten soll. — Um in die Debatte, wenn es mir gestattet ist zu bemerken, eine Ordnung zu bringen und nachdem dieselbe schon diesen Gang genommen hat, glaube ich die Frage dahin formuliren zu sollen: Wird über den Antrag des Abg. Serman in dieser Session Bericht erstattet werden, oder nicht? Ist der Landes-Ausschluß nicht in der Lage in merito zu berichten, aus Gründen, welche Berücksichtigung finden können, so dürfte er doch einen Bericht erstatten, und etwa sagen: Ich bin nicht in der Lage, den geforderten Bericht erstatten zu können. Dann werden wir über diese Zwischenfrage berathen und beschließen. Aber was sollen wir denn heute beschließen? Sollen wir jetzt incidenter beschließen, der Landes-Ausschluß habe keinen Bericht zu erstatten? Das hat Niemand beantragt und Niemand gewollt.

Ich glaube also, wir haben der Verhandlung einen Umfang gegeben, der ganz überflüssig war, und ich bleibe

bei dem, die Petition, wie sie vorliegt, möge von dem hohen Hause an den Landes-Ausschuß verwiesen werden. Der Landes-Ausschuß wird dann eingedenk des im vorigen Jahre erhaltenen Auftrages uns darüber berichten, ob und wiefern er in dieser Session über den Antrag des Abg. Herman etwas zu beantragen sich bestimmt fand. Es wird dann von Seite des hohen Hauses hierüber ein Beschluß gefaßt werden.

Das habe ich mir erlaubt, als Abgeordneter dem hohen Hause zu bemerken.

Landeshauptmann: Ich muß mir ebenfalls ein paar Worte zu bemerken erlauben. Der Herr Abg. Ritter v. Waser findet es für nothwendig, Ordnung in die Debatte zu bringen. Das wäre mein Geschäft gewesen, wenn eine Unordnung stattgefunden hätte; allein ich gestehe, daß ich eine solche nicht gefunden habe. Es haben sich allerdings einige der Herren Redner etwas weit in die Sache eingelassen; da aber eine freie Generaldebatte, und nicht eine Specialdebatte über irgend einen einzelnen Punkt, auch nicht eine Debatte über die formelle Behandlung, sondern eine Debatte, welche in das Meritum eingeht, gewesen ist, habe ich nicht gefunden, irgend wie einen Zwang anzulegen, und glaube wir können in dieser Debatte ohne Weiteres fortfahren.

Wer wünscht noch zu sprechen?

Abg. Dr. Moriz v. Kaiserfeld (L. B.-Weiz): Da mir von dem Herrn Berichterstatter gleichsam der Vorwurf eines superfluum gemacht wurde, so möchte ich doch die Sache auf das zurückführen, was mich veranlaßte und auch veranlassen mußte, das Wort zu ergreifen. Der Herr Abgeordnete Herman hat im vorigen Jahre einen Antrag eingebracht auf Errichtung einer Unterrealschule in Pettau. Dieser Antrag ist dem Landes-Ausschuße mit dem Auftrage zugewiesen worden, in dieser Session darüber Bericht zu erstatten; der Landes-Ausschuß hat es natürlicher Weise jetzt nicht gethan, und der Abgeordnete Herman hat ganz im vollen Recht, welches jedes Mitglied dieses hohen Hauses hat, dem Landes-Ausschuße gleichsam die Interpellation hingeworfen: ich fordere, daß dieser Bericht heuer erscheint. Auf diese Interpellation mußte ich antworten, um nicht auf den Landes-Ausschuß den Vorwurf lasten zu lassen, welchen ich hinlänglich entkräftet zu haben glaube. (Bravo! Bravo!)

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand über diese Petition das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen, und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Dr. Ritter v. Waser: Ich habe nichts mehr zu bemerken, denn der Antrag des Petitions-Ausschusses wurde von keiner Seite angefochten. (Heiterkeit.)

Landeshauptmann: Ich schreite also zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche für den Antrag des Petitions-Ausschusses sind, bitte ich sich zu erheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter Dr. Ritter v. Waser: Eine weitere sehr wichtige Petition von Seite der steiermärkischen Sparcasse ist durch den Herrn Abgeordneten Dr. v. Neupauer überreicht worden. Sie bittet um Einleitung der zur Aufhebung der Wuchergesetze erforderlichen Schritte. Ich erlaube mir, den Inhalt dieser Petition vollinhaltlich dem hohen Hause zur Kenntniß zu bringen. (Liest):

„Es ist eine notorische Thatsache, daß in Steiermark der gesetzliche 5percentige Zinsfuß, mit dem factisch bestehenden nicht im Einklange steht, sondern von dem letzteren um mehrere Percente übertroffen wird.

Staats- und Industrie-Papiere gewähren nach ihrem Curzwerthe schon seit längerer Zeit eine 7- bis 8percentige Rente.

Mehrere öffentliche Geld-Institute, selbst die privilegierte österreichische Nationalbank, die k. k. Versahämter berechnen für Darleihen und Vorschüsse höhere, als die gesetzlichen Zinsen.

Nicht minder ist den Gewerbs- und Handelsleuten, den Industriellen und den ihnen gleichgesetzten Actien-Gesellschaften das Recht eingeräumt, Darleihen gegen beliebig hohe Verzinsung aufzunehmen.

Bei allen derlei Geschäften, so wie bei allen Staatsanleihen dürfen die den freien Handel und Verkehr mit dem Gelde hemmenden Wuchergesetze außer Acht gelassen werden; nur die gewöhnlichen Darlehensgeschäfte, wodurch die Grund- und Hausbesitzer sich die benötigten Capitalien verschaffen sollen, leiden vorzugsweise noch unter dem Drucke der Wuchergesetze, und die natürliche Folge davon ist, daß alle Capitalien, die ohne Gefahr vor Verlust und Strafe anderweitig zu 7 bis 8 Percent fructificirt werden können, sich von der berührten Art der Darlehensgeschäfte ganz zurückziehen, und daß diejenigen, welche mit Umgehung der Wuchergesetze noch derlei Darlehensgeschäfte – meist gegen Wechsel oder im Wege einer fingirten Cession – unternehmen, sich die Gefahr einer strafgerichtlichen Procedur mit sehr hohen, den Darlehenswerber erdrückenden Percenten bezahlen lassen.

So lange die Wuchergesetze bestehen, bleibt allen honneten Capitalisten bei Fructificirung ihrer Gelder nichts übrig, als entweder dem größeren Nutzen des factisch bestehenden höheren Zinsfußes zu entsagen, in welchem Falle sie ihre Gelder der Disponibilität halber oft lieber den Sparkassen anvertrauen, als dieselben auf Grund und Boden darleihen, oder, wenn sie höhere als die gesetzlichen Zinsen beziehen wollen, dies mit Ausschluß der auf Hypotheken zu locirenden

den Darleihen auf den vielen anderen gesetzlich erlaubten Wegen zu erreichen.

Die notorische Folge dieses widernatürlichen Zustandes ist die bare Unmöglichkeit, auf Hypotheken auch bei der größten Sicherheit Darleihen zu erhalten, und jener in seiner Allgemeinheit das Staatswohl untergrabende Zustand der Hilflosigkeit namentlich des kleineren Grundbesitzers, der weder eine gedeihliche Bewirthschaftung noch eine Verbesserung der Gründe und eine Hebung der Bodencultur und mit derselben eine Hebung der Steuerkraft des Landes zuläßt.

Dieser beklagenswerthe Zustand zwingt den in Geldnoth befindlichen Grundbesitzer zum Abschluß von Wechselgeschäften, wobei er hohe Zinsen und außerdem noch das Capital in kürzester Frist zurückzahlen muß, Geschäfte, welche früher auf dem Lande völlig unbekannt waren, jetzt aber unter dem Landvolke in erschreckender Menge vorkommen, und schließlich jene vielen executiven Feilbietungen wenig belasteter Güter und häufig geringer Schuldbeträge wegen zur Folge haben, welche so häufig mit dem gänzlichen Ruine des Schuldners enden, indem sie zugleich Grund und Boden der ordentlichen Bewirthschaftung entziehen, und um wahre Spottpreise in die Hände geldgieriger Speculanten bringen.

Dies sind Zustände, unter welchen zahllose Staatsangehörige völlig unverschuldet leiden, welche als gemeinschädlich von allen National-Deconomen anerkannt sind, in welchen wir ein trauriges Bild unserer kranken Geld- und Creditsverhältnisse erblicken, und welche mit beredten Worten die unbedingte Aufhebung der veralteten mit den Forderungen der gegenwärtigen Geld-, Verkehrs-, Handels- und Industrie-Verhältnisse im grellen Widerspruche stehenden Buchergesetze fordern.

Dem Einflusse dieser Verhältnisse kann sich auch die steiermärkische Sparkasse nicht entziehen, eine Menge der ihr anvertrauten größeren Capitalien zieht sich aus denselben zurück, um durch anderweitige Fructificirung fast das Doppelte dessen an Interessen zu erhalten, was die Sparkasse nach ihren Statuten gewähren kann, und diese Anstalt, welche bisher dem Lande die Stelle einer Hypothekenbank nicht nur zu ersetzen, sondern bezüglich der Wohlfeilheit der Darleihen noch mehr zu leisten in der Lage war, sah sich in der letzteren Zeit in Folge der fortdauernd überwiegenden Behebungen der Einlagen unliebsam genöthigt, ihr Darlehensgeschäft nicht nur gänzlich einzustellen, sondern selbst die gewährten größeren Darleihen theilweise zurückzufordern.

Ihre gemeinnützige Wirksamkeit ist in einer ihrer wohlthätigsten und segensreichsten Richtungen lahmgelegt, und sehnüchtig erwartet der gesammte ländliche Grundbesitz einen Umschwung der Verhältnisse und die Wiederaufnahme der Darlehensgeschäfte von Seite der Sparkasse;

wenn der Zinsfuß auch ein 6%iger oder selbst ein höherer sein müßte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Sparkasse sehr viele Gelder zufließen würden, wenn sie die Einlagen statt mit 4%, mit 5% verzinzen könnte, und daß sie dadurch wieder in die Lage käme, Darleihen geben, namentlich dem kleinen Grundbesitzer helfen und in dieser Richtung wieder fürs ganze Land wohlthätig wirken zu können; allein die Sparkasse kann, so lange sie von ihren Darleihen selbst nur 5% und auch diese in Folge des gesetzlichen 7%igen Einlasses nicht vollständig bezieht, wegen der sehr bedeutenden Steuern und Regie-Auslagen ihre Einlags-Capitalien nicht zu 5% verzinzen und würde dies nur dann thun können, wenn ihr mit Aufhebung der Buchergesetze gestattet wäre, für ihre Darleihen 6%ige Zinsen zu fordern.

Eine Erhöhung des Passiv-Zinsfußes (der Einlagen) vom 4% auf 4½% würde aber, wenn sie auch ausführbar wäre, einerseits der Sparkasse gewiß nicht so viele neue Capitalien zuführen, oder die Zurückforderung der Einlagen in dem Maße hemmen, als eine Erhöhung desselben von 4% auf 5%, andererseits aber würde sie die Thätigkeit der Anstalt zur Erreichung des im §. 4 der Statuten angegebenen weiteren Zweckes derselben, nämlich: „angemessene Theile des Reservefondes zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken innerhalb Steiermark widmen zu können“, — in sehr enge Grenzen einschränken, während gerade die Wirksamkeit der Sparkasse in dieser Richtung es ist, welche für das gesammte Land bereits von den segensreichsten Folgen begleitet war, deren Blüthen immer schöner sich entfalten und an deren Früchten noch die Enkel sich erfreuen werden.

Da dies aber Früchte sind, welche zwar dem Volke ohne Mühe und Opfer in den Schooß fallen aber in Zukunft nur einer durch die Buchergesetze ungenutzten Wirksamkeit der Sparkasse in gleicher und in noch größerer Fülle entkeimen werden, so stellt die gefertigte Sparkasse in Folge Ausschuss-Beschlusses vom 7. Jänner d. J. die ergebenste Bitte:

„Der hohe steiermärkische Landtag geruhe nach §. 19 der Landes-Ordnung die zur Aufhebung der Buchergesetze erforderlichen Schritte geneigtest einzuleiten.“

Der Petitions-Ausschuß hat in voller Würdigung dieser Gründe und in weiterer Erwägung, daß die unbeschränkte und unbedingte Strafbarkeit der Ueberschreitung der gesetzlichen Zinstage eine ungerechte Verfügung ist; in Erwägung, daß diese Strafverbote in den meisten Fällen unpractisch sind, und daß eine solche Gesetzgebung auch unpolitisch ist, nachdem hiedurch der Wucher nicht beseitiget, sondern vielmehr befördert wird, und in Erwägung, daß die Legislation in der neuesten Zeit durchaus zur Revision der Buchergesetze geschritten ist, — in Erwägung aller dieser Gründe stellt der Petitions-Ausschuß dem hohen Hause den Antrag:

„Der hohe Landtag wolle auf Grund des §. 19 der Landes-Ordnung beschließen: „Es sei an die hohe Regierung der Antrag zu stellen, die Revision der bestehenden Buchergesetze der verfassungsmäßigen Behandlung ehestens zu unterziehen.““

Landeshauptmann: Wünscht Jemand über den Antrag des Petitions-Ausschusses das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand das Wort zu ergreifen wünscht, so erkläre ich die Debatte über denselben für geschlossen, und bringe den Antrag des Petitions-Ausschusses zur Abstimmung. Er lautet: (liest denselben nochmals.) Diejenigen Herren, welche den Antrag annehmen wollen, bitte ich sich zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter Dr. Ritter v. Waser: Ich habe noch einer Petition zu erwähnen. Der Verein zur Unterstützung würdiger und dürftiger Studirenden des k. k. polytechnischen Institutes in Wien bittet für die Dauer dieser Landtagsperiode um einen gnädigen jährlichen Unterstützungsbeitrag.

Es wurde in dieser Petition angeführt, daß dieser Verein hilfsbedürftige Studirende ohne Rücksicht, welchem Kronlande sie angehören, mit Geld, Büchern u. s. w. unterstützt, und da gewöhnlich schon vor Ablauf des Jahres die erforderlichen Gelder zu Ende gehen, so stellt dieser Verein an den Landtag für das Herzogthum Steiermark die Bitte; „der hohe Landtag geruhe, dem Vereine zur Unterstützung würdiger und bedürftiger Studirenden des Wiener polytechnischen Institutes für die Dauer der gegenwärtigen Landtagsperiode einen jährlichen Unterstützungsbeitrag gnädigst zu bewilligen.“

Der Petitions-Ausschuß war der Ansicht, daß, so sehr auch dieses Begehren an und für sich begründet sein möge sich der hohe Landtag doch nicht veranlaßt finden wird, alle diese Vereine, die da bestehen mögen, zu unterstützen; daher stellt er durch seinen Berichterstatter den Antrag: dieser Petition keine Folge zu geben.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand über den Antrag des Petitions-Ausschusses das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand das Wort zu ergreifen wünscht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und bringe den Antrag zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für die Zurückweisung sind, bitte ich sich zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte den nächsten Herrn Berichterstatter des Petitions-Ausschusses das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer (von der Tribüne, liest): „Petition der Lehrer der k. k. Haupt- und Unterrealschule zu Bruck a. M. um eine momentane Aushilfe zur Aufbesserung ihrer bedrängten Lage.“

Sie führen in ihrem Gesuche an, daß ihre Gehalte,

welche sie aus dem Normal-Schulsonde beziehen und welche sich nach den 4 Classen von 210 bis 420 fl. beziffern, und die Beiträge, welche sie von den Gemeinden beziehen und sich nach den 4 Classen von 30 fl. bis auf 105 fl. erstrecken, nicht hinreichen, um ihre Lebensbedürfnisse zu bestreiten; sie führen an, daß ihre Lage eine viel ungünstigere als die so mancher Landschullehrer sei, welche Letztere durch Beziehung eines Schulgeldes, durch den Mehner- und Organistendienst, durch Naturalwohnung und häufig auch durch den Genuß von Grundstücken und durch Sammlungen, theils systemisirte, theils freiwillige, viel leichter in der Lage sind, sich ihre Lebensbedürfnisse zu verschaffen.

Meine Herren! Niemand verkent die hohe Bedeutung und Wichtigkeit des Elementar-Unterrichtes sowohl in humanitärer, als auch in staatlicher Beziehung; wir Alle beklagen gewiß das grelle Mißverhältniß, welches zwischen den Anforderungen an die Schullehrer, ihren Leistungen und zwischen ihren Entlohnungen besteht; wir Alle sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es endlich doch zu einer Reform und besseren Dotirung des Volksschulwesens kommen müsse. Das, meine Herren, sind zwar tröstliche Ausichten für die Zukunft; die Schullehrer leben aber in der Gegenwart, und täglich treten unabweisliche Bedürfnisse an sie heran, welche befriedigt werden wollen und welche sie zu befriedigen nicht in der Lage sind. Sie können nicht warten.

Diese Erwägung hat die steiermärkische Sparkasse veranlaßt, zur Unterstützung bedürftiger Volksschullehrer die Summe von 6000 fl. jährlich zu widmen, in der Art, daß jeder Trivialschullehrer mindestens ein gesichertes Einkommen von 200 fl. jährlich beziehe.

Aus der vorliegenden Eingabe der Lehrer an der Haupt- und Unterrealschule zu Bruck entnehmen wir aber, daß die Lehrer an den Hauptschulen auch nicht in einer viel günstigeren, ja, wie sie behaupten, häufig in einer ungünstigeren Lage sich befinden.

Nun, meine Herren, hier müssen wir offen gestehen, daß unsere Kräfte hinter unserem guten Willen zurückstehen. Wer von uns würde es bei dem großen Steuerdrucke, der auf dem Lande lastet, und der um so empfindlicher wird, als seit geraumer Zeit aller Verkehr und aller Absatz stockt, wer von uns wird es solchen Verhältnissen gegenüber und so lange sie fortbestehen, unternehmen, noch tiefer in den Landesfächer zu greifen?

Es kann sich daher nur darum handeln, in einzelnen Fällen, wo Verdienstlichkeit mit großer Dürftigkeit vereinigt erscheint, Aushilfen zu gewähren.

Der Herr Abg. Karnitschnig hat vor Kurzem einen Antrag eingebracht, welcher dahin gerichtet war, der hohe Landtag wolle eine Summe auswerfen und den Landes-Ausschuß ermächtigen und beauftragen, innerhalb denselben Aushilfen in besonders berücksichtigungswerthen

Fällen zu leisten. Der Petitions-Ausschuß glaubte daher, es sei der Antrag vollkommen gerechtfertigt, welcher in Betreff dieser Petition dahin gerichtet ist, es sei dieselbe dem Landes-Ausschusse zur Würdigung und zur Erledigung je nach den Mitteln, welche ihm zu Gebote stehen werden, zuzuweisen.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand das Wort verlangt, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und bringe den Gegenstand zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung dieser Petition an den Landes-Ausschuß sind, bitte ich, sich zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer: Eine ähnliche Bitte wird von dem Lehrkörper der k. k. Hauptschule zu Marburg gestellt, nämlich: „um eine zeitgemäße Gehaltsaufbesserung, oder doch bis zur Regelung der Marburger Hauptschule um zeitweilige Geldaushilfe aus instehenden Gründen.“

Die Gründe sind beiläufig dieselben, welche der früheren Petition zu Grunde liegen, und aus den bereits früher angegebenen Beweggründen erlaubt sich der Petitions-Ausschuß auch in Beziehung auf diese Petition den Antrag dahin zu stellen, daß auch diese Petition dem Landes-Ausschusse zur Berücksichtigung und Erledigung zugewiesen werde.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche diese Petition dem Landes-Ausschusse zugewiesen wissen wollen, wollen sich erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer: Franz Fahl, Lehrer der k. k. Präparandie, Haupt- und stellvertretenden Pfarrschule zu Gilli, reproducirt eine Petition, die bereits im vorigen Landtage überreicht, wegen des nahen Schlusses der Session aber nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Sie ist mit 42 Beilagen versehen und lautet dahin (liest): „um gnädigste Ertheilung einer Personal-Zulage von jährlich 100 fl. für 30jährige erspriessliche ordentliche und außerordentliche Dienstleistung im Schulamte bei äußerst karger Besoldung — seine Besoldung beträgt nämlich 300 fl. — sowie um einen nach hohem Ermessen gnädigst zu bestimmenden Erziehungsbeitrag für seine neun unmündigen, unversorgten und bildungsfähigen Kinder.“

Auch bezüglich dieser Petition geht der Antrag des Petitions-Ausschusses dahin, sie dem Landes-Ausschusse zur Würdigung, und, so weit es ihm möglich ist, zur Erledigung zuzuweisen.

Landeshauptmann: Findet Jemand etwas über diese Petition zu bemerken? (Niemand meldet sich.) Wenn

nicht, so bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung an den Landes-Ausschuß sind, wollen sich erheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer (liest): „Josef Fridrich, Schullehrer zu St. Martin an der Paß im Bezirke Schönstein, bittet in aller Ehrfurcht um einen gnädigsten Unterstützungsbeitrag zur leichteren Erhaltung seines Personal-Schulgehilfen.“

Dieser arme Mann, welcher bereits 46 Dienstjahre zählt, leidet seit längerer Zeit an einem Brustleiden, an Magen- und Herzkrampf; er ist daher genöthiget, einen Schulgehilfen zu unterhalten. Die Unterhaltung dieses Schulgehilfen kommt ihm über 200 fl. zu stehen, nimmt also seinen vollen Gehalt in Anspruch. Er hat zudem fünf unmündige Kinder, die er heranbilden und versorgen möchte. Das sind im Wesentlichen die Gründe, die seine Bitte um eine Aushilfe rechtfertigen.

Der Petitions-Ausschuß stellt gleichfalls den Antrag, diese Petition dem Landes-Ausschusse zur eingehenden Würdigung und, insoferne es die Mittel gestatten, zur aufrechten Erledigung zuzuweisen.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Diejenigen Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, wollen sich erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer (liest): „Der Lehrkörper der k. k. Gillier Unterreal-, Kreishaupt- und zugleich stellvertretenden Pfarrschule bittet wiederholt unterthänigst um gnädige Erhebung der k. k. Gillier Kreishauptschule und Präparandie zur Landes-Lehranstalt, sowie um Vervollständigung der Realschule durch Beifügung eines dritten Jahrganges und Beigabe des hiezu nöthigen Lehrpersonales; ferner um zeit- und verhältnißgemäße, den jetzigen enormen Lebensmittelpreisen und Erfordernissen in Städten entsprechende Regelung und Erhöhung der Hauptschullehrergehalte und der Quartiergelder mit Rangirung zweier Gehaltsstufen, der Decennialzulage, kürzerer Dienstzeit, Pension etc. aus instehenden dringlichen Gründen.“

Dieses Actenstück eignet sich ganz vorzüglich zur Behandlung für den Landes-Ausschuß (Weiterkeit); der Petitions-Ausschuß stellt daher den Antrag, diese Petition wolle dem Landes-Ausschusse zur eingehenden Würdigung und Berichterstattung in der nächsten Session des hohen Landtages zugewiesen werden.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung an den Landes-Ausschuß sind, wollen sich erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer: Den gleichen Antrag erlaubt sich der Petitions-Ausschuß auch in Bezug auf die Petition zu stellen, welche von der Stadtgemeinde Leoben eingebracht wurde, und dahin gerichtet ist, daß die dortige städtische Unterrealschule zur Oberrealschule auf Landeskosten umgestaltet werde.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand zu sprechen?

Abg. Seidl (Handelskammer Leoben): Ich bin damit vollkommen einverstanden, daß diese Petition dem Landes-Ausschusse zugewiesen werde, möchte jedoch denselben dringend ersuchen, diesen Gegenstand einer reiflichen Würdigung zu unterziehen. Daß Obersteiermark hauptsächlich ein industrielles Land ist, daß die Industrie intelligente Arbeiter braucht, das, glaube ich, brauche ich nicht näher zu erörtern, und berufe mich in dieser Beziehung bloß auf die Berichte der beiden steiermärkischen Handelskammern, welche sich über die Noth an Arbeitern ausgesprochen haben. Wie ist es aber auch anders möglich, nachdem Obersteiermark mit einer Bevölkerung von nahezu 200,000 Seelen in Bezug auf Unterrichts-Anstalten weit hinter allen anderen Kronländern der Monarchie zurück ist. Obersteiermark besitzt gegenwärtig gar keine Mittelschule, als die einzige in Leoben, die auf Kosten der Commune gegründet wurde, und die erweiterte Volksschule in Bruck; sonst ist in ganz Obersteiermark kein Gymnasium, keine Realschule. Wie ist es da möglich, intelligente, tüchtige Arbeiter heranzubilden? Und doch hat Obersteiermark mit seiner bedeutenden Industrie gewiß darauf Anspruch, daß die Arbeiter in technischer Beziehung herangebildet werden.

Ich möchte auch auf die Opfer hinweisen, welche die Stadt Leoben gebracht hat, indem sie dem hohen Landtage auf halbem Wege entgegengekommen ist. Sie hat nämlich eine selbstständige Unterrealschule auf eigene Kosten errichtet, sie hat die Lehrmittel bereits alle vollständig eingerichtet, und ich glaube daher, daß nur den Wünschen der Bevölkerung Obersteiermarks Gerechtigkeit widerfährt, wenn der hohe Landes-Ausschuß diesen Gegenstand einer besonderen Würdigung unterzieht.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand zu sprechen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand mehr zu sprechen wünscht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter noch etwas beizufügen? (Der Berichterstatter verzichtet auf das Wort.) So bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche dafür sind, daß diese Petition dem Landes-Ausschusse zur Würdigung zugewiesen werde, wollen sich erheben. (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer: Petition der Grazer Handels- und Gewerbekammer, betreffend die Drauregulirung. Die Petition ist dahin ge-

richtet, daß die Drau zu einem Reichsflusse erklärt wird. Die Gründe sind im Wesentlichen folgende:

Die Drau verbinde das Industriegebiet des Westens mit den Fruchtländern des Ostens; sie führe Eisen, Blei, Mineralwasser und Holzwaaren, welche in Steiermark, Kärnten, Ober-Krain erzeugt werden, dem Oriente zu und vermittele auf demselben Wege zurück den Bezug der Bodenerfrüchte aus den unteren Donaugegenden. Die Drau zeichne sich durch ihren constanten Wasserstand von allen Flüssen der Monarchie aus; sie vermittele als Wasserstraße und als kürzester Weg in den Orient die Verfrachtung billiger als Eisenbahnen oder irgend ein anderes Verkehrsmittel; es sei nicht zu übersehen, daß die Fünfkirchner Steinkohle, die der besten englischen Kohle an Güte gleich komme, bei Pösti auf die Drau geladen und somit auf die kürzeste und billigste Weise der Industrie der Westländer zugeführt werden könne; es sei bereits durch Privat-Capitalien die Schiffbarmachung dieses Flusses von Eslegg bis Regrad bewerkstelliget; um nun diese Regulirungsarbeiten zu vollenden und um sie auch in Stand zu halten, reichen am Ende doch die Kräfte der Privaten oder der einzelnen Landesfonde nicht aus.

Es habe nun aus den angeführten Gründen der Staat ein volkswirtschaftliches Interesse daran, die Schiffbarmachung dieses Flusses zu bewerkstelligen und zu erhalten; er sei aber indirect noch dadurch hiebei interessirt, daß er die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft subventionirt, nämlich einen gewissen Zinsenertrag den Actien gesichert hat; da nun die Donau-Dampfschiffahrt dadurch, daß der Draustrom regulirt wird und ihre Verkehrstationen somit vermehrt würden, rentabler werden müßte, ginge dem Staate der Vortheil zu, daß er dadurch in die Lage kommen würde, entweder keine Zinsenergänzung zu leisten, oder wenigstens nicht in dem Maße, als es bisher der Fall ist.

Das sind im Wesentlichen die Gründe, welche die Grazer Handels- und Gewerbekammer zur Unterstützung ihrer Petition vorbringt.

Der Petitions-Ausschuß glaubt auch diese Petition dem Landes-Ausschusse zur eingehenden Würdigung empfehlen und ihn auffordern zu sollen, die geeigneten Schritte in dieser Beziehung bei der Regierung zu machen. Der Antrag geht also dahin: „Das hohe Haus wolle beschließen, diese Petition dem Landes-Ausschusse mit dem zuzufertigen, daß er dieselbe zu würdigen und bei der hohen Regierung die entsprechenden Schritte zu machen habe.“

Landeshauptmann: Wünscht Jemand über diese Petition zu sprechen?

Abg. Graf Rottulinski (Großgrundbesitz): Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß der hohe Landtag selbst unmittelbar beschließe, diese Petition sei auf das Wärmste bei der Regierung zu unterstützen, und lediglich die Aus-

führung dem Landes-Ausschusse zu überlassen, da dies bei der hohen Wichtigkeit und bei den schlagenden Gründen, welche für die Gewährung der Bitte der Grazer Handels- und Gewerbekammer sprechen, und die soeben vorgetragen wurden, ein ungleich größeres Gewicht haben würde.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch über diese Petition zu sprechen? (Niemand meldet sich). Wenn Niemand mehr zu sprechen wünscht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und bringe den vom Herrn Grafen Kotulinski gestellten Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, diese Petition unmittelbar bei der hohen Staatsregierung zu unterstützen und den Landes-Ausschuß mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragen“, unterstützen wollen, wollen sich erheben. (Geschieht.) Er ist unterstützt. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer: Ich glaube, als Berichterstatter des Petitions-Ausschusses gar nichts dagegen bemerken zu können. Wenn das hohe Haus diese Petition heute schon hinreichend gewürdigt hat und den Beschluß faßt, es sei bei der Regierung das Einschreiten zu machen, und der Landes-Ausschuß nur mit der Durchführung des Beschlusses zu beauftragen, so wird, glaube ich, der Zweck der Petition erreicht.

Landeshauptmann: Es schließt sich somit der Herr Berichterstatter, wie es scheint, dem gestellten Antrage an, und ich bringe diesen nun zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche den Antrag des Herrn Grafen Kotulinski annehmen wollen, wollen sich erheben. (Geschieht.) Er ist einstimmig angenommen.

Berichterstatter Dr. v. Neupauer (liest): „Die Gemeinde-Vorsteherung der l. f. Stadt Windisch-Feistritz in Untersteier überreicht ihre unterthänigste Petition wegen Veranlassung der Uebersetzung des auf der Hauptcommercialstraße zu St. Josef bei Windisch-Feistritz bestehenden Mauthschranken, oder Erwirkung der Befreiung von der Mauthgebührenausszahlung für die Fuhrn nach und von dem nächstgelegenen Eisenbahnstationsplatze in Pragerhof.“

Es besteht gegenwärtig ein Weg- und Brückenmauthschranken an der Reichshauptstraße zu St. Josef nächst Windisch-Feistritz. Dieser Mauthschranken wurde erst in der neueren Zeit dorthin versetzt und befand sich früher im Orte Oberpulsgau. Durch das Näherrücken des Mauthschrankens an die Stadt Windisch-Feistritz sind natürlich die Fuhrn der Stadt häufiger der Entrichtung der Mauthgebühr ausgesetzt. Man hat es sehr unbillig gefunden, diesen Mauthschranken dorthin versetzt zu sehen, weil die Benützung der Straßenstrecke von Seite der Bewohner der Stadt Windisch-Feistritz im Grunde eine sehr geringe war. Man hat sich aber darüber hinausgesetzt, weil die damaligen Verkehrsverhältnisse an der Hauptcommercialstraße ihnen doch Verdienst gewährte.

Seit dem Jahre 1846 aber, als die Eisenbahn von Graz nach Gills eröffnet wurde und der Verkehr auf der Reichshauptstraße allmählig aufhörte, wurde ihnen aller Verdienst, den sie bis dahin in dieser Hinsicht gefunden hatten, entzogen. Auf der anderen Seite aber hat sich der Verkehr nach und von der Eisenbahnstation Pragerhof natürlich concentrirt und auch hier ist der Mauthschranken ein unliebsames Hemmniß. Die Mauthgebühr ist auf 10 kr. per Stück Zugvieh festgesetzt; es muß daher eine zweispännige Fuhr, die nach Pragerhof Etwas zu verführen oder von dort abzuholen hat, eine Mauthgebühr von 40 kr. entrichten, ungeachtet die Straßenstrecke, die benützt wird, nur $\frac{1}{6}$ Meile oder 500 Klafter beträgt.

Die Stadtgemeinde Windisch-Feistritz findet sich dadurch sehr gedrückt und zu der Petition veranlaßt, dahin gehend (liest):

„Es sei bei der hohen Staatsregierung zu erwirken, daß entweder:

1. der Mauthschranken in St. Josef bei Windisch-Feistritz wieder nach Oberpulsgau, wo derselbe ehemals bestanden, zurückgesetzt, oder

2. unter die Einmündung der Pragerhofer Bezirksstraße, also circa 160 Klafter abwärts übersetzt werde, oder endlich

3. daß, wenn weder einem noch dem anderen Begehren aus öffentlichen Rücksichten eine Folge gegeben werden könnte, den Bewohnern der Stadt Windisch-Feistritz und der nächster Umgebung, deren Grenzen erst näher zu bestimmen wären, für die Fuhrn nach und von dem Eisenbahnstationsplatze Pragerhof zc. die gänzliche Befreiung von Entrichtung der Mauthgebühren in St. Josef gnädigst bewilliget werden möge.“

Dieser Gegenstand eignet sich ganz vorzüglich zur Behandlung von Seite des Landes-Ausschusses und der Antrag des Petitions-Ausschusses geht nun dahin: „Das hohe Haus wolle beschließen, diese Petition dem Landes-Ausschusse zur Würdigung und zum entsprechenden Einschreiten bei der Staats-Regierung zu überweisen.“

Landeshauptmann: Wünscht Jemand über diesen Antrag das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand das Wort zu ergreifen wünscht, so erkläre ich die Debatte über denselben für geschlossen und bringe ihn zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche auch diese Petition dem Landes-Ausschusse zugewiesen wissen wollen, wollen sich erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Der Herr Berichterstatter des Petitions-Ausschusses, Abgeordneter Wannisch, hat das Wort.

Berichterstatter Wannisch (von der Tribüne): Der Grazer Turnverein hat folgende Petition eingebracht (liest):

„Hoher steiermärkischer Landtag!

Der ergebenst gefertigte Turnrath wagt es, an den hohen steiermärkischen Landtag die Bitte zu stellen, derselbe geruhe dem Grazer Turnverein einen Unterstützungs-Beitrag von 400 fl. ö. W. gnädigst zu bewilligen und glaubt, diese seine Bitte durch nachfolgende Gründe unterstützen zu können:

1. Hat bei Gründung des Vereines die vollständige Einrichtung des Turnplatzes einen Kostenaufwand von über 1200 fl. verursacht, wie aus dem beiliegenden Jahres-Berichte ersichtlich. Durch die großmüthigen Spenden von Seite der löblichen Gemeinde und der steiermärkischen Sparkasse wurde es zwar möglich, den größeren Theil dieser Summe zu berichtigen, ein Contorest aber von über 300 fl. an Herrn Ohmayer ist um so weniger zu tilgen, als der ungewöhnlich strenge Winter des heurigen Jahres einen ganz außerordentlichen Mehraufwand für Beheizung der großen Turnräume erforderte und unumgänglich nöthige Nachschaffungen stets neue Auslagen bedingten.

2. Nimmt der Turnunterricht selbst die Geldmittel des Vereines bedeutend in Anspruch, da neben der Besoldung des Turnlehrers auch ein Honorar für den Hilfslehrer nothwendig wurde, der theilweise den Unterricht der Vereinskürer, wie auch den der Zöglinge des Borromäums leitet, welchen Unterricht der Verein unentgeltlich ertheilen zu lassen, als seinem Zwecke gemäß, für eine wichtige Pflicht erachtet.

3. Ist der Verein bei dem gänzlichen Mangel irgend einer zu Turnzwecken passenden Räumlichkeit in Graz genöthigt gewesen, die bürgerliche Schießstätte zu mietzen, wofür er den hohen Miethzins von 700 fl., die Steuer ungerechnet, zu entrichten hat; ebenso entfallen für die Beleuchtung der großen Localitäten bedeutende Kosten.

4. Dürfte für heuer die zu erbauende landschaftliche Turnhalle dem Vereine noch nicht zu Guten kommen; wenn dieselbe aber vollendet, letzterer gewiß in der erfreulichen Lage sein, alle seine übrigen Auslagen aus eigenen Mitteln zu decken.

Diese Gründe sowol, als auch die nach Verlauf von nicht ganz 2 Jahren sichtbar werdende Nützlichkeit des Turnvereines, theils durch sein nach dem unverrückbar vor Augen gehaltenen Vereinszweck bedingtes Wirken, theils durch die von ihm errichtete freiwillige Feuerwehr, deren Insbretreten nach Beseitigung einiger formellen, ihr in den Weg gelegten Hindernisse hoffentlich in Kürze unserer Stadt wie dem ganzen Lande ein nachahmenswerthes Beispiel der Selbstthätigkeit und Selbsthilfe, wie es den Bürgern eines constitutionellen Staates ziemt, geben wird, berechtigen die gefertigte Vereinsvorstehung zu der Hoffnung, der hohe Landtag werde ihre Bitte nicht unberücksichtigt lassen, umsomehr, als derselbe in seiner vorigjährigen Session durch den Beschluß, aus Landesmitteln eine Turnhalle zu

erbauen und dieselbe unter den durch den Unterricht für die landschaftl. Schulen gebotenen Beschränkungen dem Vereine zur Benützung zu überlassen, die Wichtigkeit eines geregelten Turnunterrichtes sowohl, als auch die Bedeutung des hiesigen Turnvereines für Ertheilung eines solchen anerkannt hat.“

Der Petitions-Ausschuß ist gewiß von dem günstigen Einflusse, den das Turnen überhaupt auf die körperliche Ausbildung nimmt, und dadurch auch die Entwicklung des Geistes fördert, überzeugt. Diese Ueberzeugung hat sich auch im Lande verbreitet, und Beweis dafür ist, daß an mehreren anderen Orten gleichfalls Turnvereine entstanden sind; ich verweise nur auf die Städte Marburg, Bruck, wo die Vereine von Seite der Localkräfte die entsprechende Unterstützung erhalten haben. Die Landschaft selbst erhält hier eine Turnschule und wird genöthigt sein, dem Turnlehrer nach einem eben vorliegenden Gesuche eine solche Unterstützung angedeihen zu lassen.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, daß nämlich die Vereine dort, wo sie eben nach dem Bedürfnisse gewünscht wurden, auch aus Local-Mitteln unterstützt werden sollen und daher auch das Begehren auf Unterstützung solcher einzelner Vereine nicht an die Landschaft gestellt werden solle, und bei der nicht sehr tröstlichen Stellung unseres Landes-Budget, welches ohnehin sehr belastet ist, und die Bevölkerung dormalen mit einer hohen Umlage belegt, hat der Petitions-Ausschuß gefunden den Antrag zu stellen: „Es sei das Gesuch des Grazer Turnvereines um eine Unterstützung von 400 fl. aus Landesmitteln, abzuweisen.“

Landeshauptmann: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Abg. **Dr. Rehbauer** (Graz): Ich habe die Ehre gehabt, diese Petition zu überreichen, und sehe mich auch verpflichtet, dieselbe aus eigener voller Ueberzeugung zu unterstützen. Der Herr Berichterstatter hat bereits hervorgehoben, daß der Werth des Turnens allgemeine Anerkennung findet; es ist gar kein Zweifel, daß die Ausbildung des Körpers von außerordentlichen Folgen ist, nachdem ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann. Der hohe Landtag hat auch die Wichtigkeit des Turnens für die körperliche Ausbildung bereits dadurch anerkannt, daß er die Errichtung einer Turnhalle votirte, und auch eine Turnlehranstalt derzeit besitzt. Allein dadurch ist dem Bedürfnisse bei Weitem noch nicht abgeholfen, denn dadurch wird wesentlich nur für den Turnunterricht der die Schule besuchenden Jugend gesorgt, während der Turnverein vorzüglich die Aufgabe hat, auch im kräftigen Mannesalter zu diesen körperlichen Uebungen Gelegenheit zu geben, dabei aber auch eine besondere Schule zu unterhalten, wie insbesondere jetzt den Zöglingen des Borromäums unentgeltlicher Unterricht ertheilt wird.

Damit sind nun Auslagen verbunden, und es ist aller-

dinge dem Vereine von Seite der Gemeinde schon eine Unterstützung zugekommen, ebenso von Seite der Sparcasse; allein bei dem großen Umfange, welchen der Turnverein bereits gewonnen hat, und bei dem Bestreben, denselben noch mehr zu erweitern, um seine Erfolge auch in weiteren Kreisen zu verbreiten, wurden die Auslagen so groß, daß sie durch diese Beiträge allein nicht bestritten werden konnten.

Wenn also an das Land diesfalls eine Bitte gestellt wird, so ist es eine Bitte um Unterstützung der Volksbildung, denn, wie ich schon gesagt habe, die Volksbildung erstreckt sich nicht bloß auf die Ausbildung des Geistes, sondern auch auf die Ausbildung des Körpers. Wenn daher der h. Landtag für diesen Zweck einen Beitrag votirt, unterstützt er einen Zweig der Bildung im Allgemeinen. Der Umstand, daß kleinere Vereine, welche an anderen Orten bestehen, keinen Anspruch erhoben haben, soll, glaube ich, kein Hinderniß sein, diesem Vereine eine Unterstützung zu bewilligen, weil er eben eine eigene Unterrichtsanstalt erhält, weil er viele Teilnehmer hat, und dadurch die Ausbildung in weiteren Kreisen verbreitet wird.

Auch ist die angesuchte Unterstützung nur eine für den gegenwärtigen Fall, keine bleibende, wie sie z. B. von Seite des Musikervereines oder von anderer Seite in Anspruch genommen wird; sie ist nur eine vorübergehende, und dürfte ganz im Zusammenhange mit dem Beschlusse auf Erbauung einer Turnhalle stehen, weil der Landtag durch denselben die Zweckmäßigkeit des Bestandes einer Turnhalle anerkannt hat, der Verein aber bis dahin, bis die Turnhalle errichtet sein wird, in seiner Existenz gefährdet würde, wenn er die Localitäten, welche er gemiethet hat, sich nicht erhalten könnte. Aus diesem Grunde glaube ich, sollte dem Turnvereine ein für alle Mal dieser Beitrag als Mittel zur Erhaltung seiner Existenz geboten werden.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand zu sprechen? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand zu sprechen wünscht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen, und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter **Wannisch:** Der Petitions-Ausschuß hat sich alle die besprochenen Gründe vergegenwärtigt, hat aber vor Allem den Zustand der Landesfinanzen und die Pflicht sich vor Augen gehalten, die Steuerträger nicht mehr zu belasten, als es gerade notwendig ist. Wenn der hohe Landtag in der vorigen Session ein gleiches Gesuch des Turnvereines auf einen Beitrag zum Miethzins abgewiesen hat, so ist er damals jedenfalls auch schon von der Wirkung und dem Einflusse des Turnvereines auf die Verbreitung dieser nützlichen Übung im Lande überzeugt gewesen, welche Anerkennung gewiß die Turnvereine gefunden haben, geradezu kann ich es von den in den beiden genannten Städten sagen. Nichtsdestoweniger dürfte aber doch, an dem Grundsätze festhaltend, daß die Landesmittel nicht weiter in Anspruch zu

nehmen seien, als Landeszwecke in Frage stehen, der Antrag des Petitions-Ausschusses gerechtfertigt sein.

Landeshauptmann: Dem Antrage des Petitions-Ausschusses steht gegenüber der Antrag des Herrn Dr. Nechbauer, welcher dahin geht: das hohe Haus wolle dem Gräzer Turnvereine die erbetene Unterstützung von 400 fl. bewilligen. Ich habe die Unterstützungsfrage früher nicht stellen können, weil ich den Antrag nicht in Händen gehabt habe. Ich glaube, ich kann ihn zur Abstimmung bringen, er ist ohnehin derselbe Antrag wie er in der Petition selbst bereits gestellt ist. Diejenigen Herren, welche den Antrag des Herrn Dr. Nechbauer auf eine Unterstützung von 400 fl. annehmen wollen, wollen sich erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität. Es ist sonach der Antrag des Petitions-Ausschusses auf Abweisung angenommen.

Sind noch Berichte des Petitions-Ausschusses zu erstatten? (Niemand meldet sich.) Wenn Niemand mehr von Seite des Petitions-Ausschusses zu berichten hat, so gebe ich dem Herrn Abg. Dr. Moriz von Kaiserfeld das Wort, um im Namen des Landes-Ausschusses über eine Petition zu berichten.

Berichterstatter **Dr. Moriz von Kaiserfeld** (von der Tribüne): Dr. Jakob Kompaß, Advocat und Werkbesitzer in Steyr, hat im Einverständnisse mit der Gemeinde Stadt Steyr an den h. Landtag eine Petition gerichtet: „um Beschließung der Vornahme der Tracirungen und Vorarbeiten der Eisenbahnlinie von Bruck a. d. Mur über Leoben, Kottenmann, Hieflau, Admont, durch das Gesäuse nach Ems, und um Bewilligung der vorzuschußweisen Bestreitung des auf das Kronland Steiermark entfallenden Kostenbetrages gegen seinerzeitige Rückvergütung des Capitals und der Zinsen.“ Die Petition wurde dem Petitions-Ausschusse zugewiesen, welcher sie jedoch dem Landes-Ausschusse, als im Zusammenhange mit dem Beschlusse, welchen der h. Landtag bereits in dieser Angelegenheit über meinen Antrag gefaßt hat, stehend, übergab.

Diese Petition geht darauf hinaus, daß bei der Wichtigkeit des Gegenstandes die beiden Länder Steiermark und Oberösterreich die Kosten der Vorarbeiten zum gedachten Eisenbahnbau vorzuschußweise bestreiten sollen, und daß sie die dafür gemachten Auslagen von der künftig zum Baue zu concessionirenden Gesellschaft hereinbringen sollen. Der Gegenstand kann nur von Ihnen erledigt werden, weil er eben die Landesmittel in einer ausnahmsweisen Art in Anspruch nimmt.

Ich bin leider nicht in der Lage, Ihnen die Annahme dieser Bitte empfehlen zu können, denn nach dem Eisenbahn-Concessionsgesetze vom Jahre 1854 kann die Regierung die Concession zu den Vorarbeiten ertheilen an Jeden, der sich darum meldet; die Ertheilung dieser Concession gibt den damit theilhaften Concessionswerber gar kein ausschließendes Privilegium auf diese Vorarbeiten. Wenn nun das Land

oder ein Anderer die Concession zu diesen Vorarbeiten erhält, und das Land die Auslagen dafür bestreitet, so wäre die Möglichkeit, diese Auslagen von einem künftigen Concessionär des Baues zurückzuerhalten, sehr unwahrscheinlich, denn es dürfte sich eine Gesellschaft finden, welche sich die Concession zu den Vorarbeiten ebenfalls geben läßt, welche diese Vorarbeiten ebenfalls unternimmt, und welche dann eben die Bauconcession auf Grund der von ihr gemachten Vorarbeiten zu erwirken im Stande ist, und das Land könnte natürlich dann seinen Vorschuß von derselben nicht zurückbegehren.

Die Annahme dieser Petition ist ferner auch aus dem Grunde nicht zu empfehlen, weil der Antrag dahin geht, daß das Land Steiermark jenen Theil der Tracirungskosten übernehme, welche auf das Land nach der Länge der Bahnlinie, die im Lande läuft, entfallen würde, mit anderen Worten, daß die ganzen Tracirungskosten innerhalb des Landes von demselben übernommen werden sollen; — endlich weil mir bis jezt nicht bekannt ist, daß das Land Oberösterreich auf das nämliche Petikum eingegangen wäre.

Es hat allerdings einmal etwas Aehnliches in unserem Lande stattgefunden; es haben nämlich die Stände, als es sich um den Bau der Strecke der Südbahn, so weit dieselbe Steiermark berührt, handelte, sowohl die Kosten der Tracirung als die ganzen Grund-Einlösungskosten auf das Land übernommen; allein es war das damals ein ganz anderes Verhältniß, es war eben der Staat, der baute, man glaubte auch, der Staat werde die Bahn behalten, und es hat sich damals darum gehandelt, daß die Eisenbahn nicht etwa an den Grenzen des Landes oder in einem fremden Lande geführt werde. Alle diese Verhältnisse sind in diesem Augenblicke nicht vorhanden.

Es ist aber eine andere Frage, die ich damit in Verbindung bringen möchte; das ist der Umstand, daß, wie uns die Blätter sagen, die k. k. priv. Südbahn bereits die Concession zu den Vorarbeiten zu einer Flügelbahn zwischen Bruck und Leoben erhalten habe und diese Arbeiten bereits vornehmen soll. Wenn auf diese Vorarbeiten etwa die Ertheilung einer Concession zum Baue dieser Flügelbahn erfolgen würde, dann würde das ganze Project einer Verbindungsbahn zwischen Bruck und Enns durch Obersteiermark natürlich nie mehr ausführbar sein; denn, wie man sich ausdrückte, keine künftige Gesellschaft wird die Wüste nehmen, wenn den Garten Jemand anderer besitzt.

Ich glaube der Gegenstand ist von so hoher Wichtigkeit für die Interessen unseres Landes, ja ich möchte geradezu sagen, für die Lebensfähigkeit der ganzen oberen Steiermark, und des größten Theiles von Oberösterreich, daß sich der Landtag in dieser Frage der Sache wohl annehmen dürfte, und ich würde Ihnen im Namen des Ausschusses daher vorschlagen:

1. die Petition des Dr. Kompaß und der Stadt Steyr zurückzuweisen,

2. aber den Landes-Ausschuß zu beauftragen: der Regierung den Wunsch auszusprechen, daß eine Concession zum Baue einer bloßen Flügelbahn zwischen Bruck und Leoben Niemandem ertheilt werden soll.

Allerdings mag sich die Südbahngesellschaft auf ihre Concession berufen, da nach dem §. 23 ihrer Concessions-Urkunde den Concessionären die Zusicherung gegeben ist, daß in dem Falle, als innerhalb der auf dem rechten Donauufer gelegenen österreichischen Gebiete Zweig- oder Fortsetzungsbahnen der ihnen überlassenen, übertragenen, oder der mit den übrigen vereinigten Eisenbahnen an dritte Personen concedirt werden sollten, den Concessionären das Vorrecht gelassen werde, insofern sie dieselben Bedingungen eingehen, welche dritte Personen zum Baue und Betriebe solcher Bahnen anbieten. Allein das gibt, ich möchte sagen, nur eine Art Einstandrecht, das schließt nicht aus, daß die Concession an Jemand anderen verliehen werde, als an die Südbahn. Ich möchte daher im Namen des Landes-Ausschusses diese beiden Anträge zur Annahme anempfehlen.

Landeshauptmann: Wünscht Jemand über diesen Gegenstand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so erkläre ich die Debatte für geschlossen und werde die beiden Anträge abgefordert zur Abstimmung bringen.

Punct a) des Antrages lautet (liest): „Den Petenten sei durch den Landes-Ausschuß bekannt zu geben, daß in die vorschußweise Bestreitung der Kosten aus dem Landesfonde für die Vorarbeiten zu dem Baue einer mit Locomotiven zu befahrenden Eisenbahnverbindung zwischen Bruck a. d. M. und Linz über Leoben, Rottenmann, Hieslau u. s. w. nicht eingegangen werde.“ Diejenigen Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, wollen sich erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Der zweite Punct lautet (liest): „Das h. Haus wolle den Landes-Ausschuß beauftragen, der h. Regierung den Wunsch der Landesvertretung zu unterbreiten, daß eine Concession für den Bau einer Flügelbahn von Bruck a. d. M. nach Leoben weder der k. k. k. jüdl. Staats-Eisenbahn noch einem anderen Bewerber ertheilt werde, wenn jene oder dieser nicht gleichzeitig auch die Concession für die Fortsetzung dieser Bahn bis Linz erwirbt.“ Diejenigen Herren, welche diesen Antrag, so wie ich ihn vorgelesen habe, annehmen wollen, wollen sich erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen. (Rufe: Einstimmig!) Ich bitte sich nochmals zu erheben. (Geschicht.) Es ist nicht Einstimmigkeit. (Ruf: Die Leobner sitzen!)

Die heutige Tagesordnung ist erschöpft; für die nächste Sitzung setze ich Montag, den 25. fest, und zwar darum, weil morgen und übermorgen eine größere Anzahl von Ausschuß-Sitzungen stattfindet. Es ist auch der Gegenstand, welcher auf die nächste Tagesordnung kommt, ein so umfangreicher, daß man nicht prätentiren könnte, daß sämtliche

Herren bis morgen ihn gehörig durchstudiren. Es wird also die nächste Sitzung am Montag den 25. April stattfinden.

Abg. Dr. Moriz v. Kaiserfeld: Ich erlaube mir nur das Wort zu ergreifen, um zu bemerken, daß, da die Herren Dr. von Wasserfall und Dr. Mechbauer heute Nachmittag keine Zeit haben, die Sitzung des Ausschusses bezüglich der Bezirksvertretungen heute nicht abgehalten werden kann, sondern daß sie ebenso wie die bezüglich des Eheconsenses morgen Nachmittag um 5 Uhr stattfindet.

Landeshauptmann: Die nächste Sitzung findet also am 25. April, wie gewöhnlich um 10 Uhr statt und auf die Tagesordnung setze ich:

1. Den Bericht über den Wahlact der Landgemeinden Leoben bezüglich des neugewählten Herrn Abgeordneten Nachoi, dann

2. den Bericht des Sonder-Ausschusses über das Reorganisations-Statut der technischen Hochschule; dieser Gegenstand ist, wie ich bereits gesagt habe, weitläufiger und es ist daher einige Zeit erforderlich, denselben durchzulesen.

Ist sonst noch Etwas zu bemerken? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so erkläre ich die heutige Sitzung für geschlossen.

Schluß der Sitzung um 12 Uhr 50 Minuten.

